:antifaschistische nachrichten Nr. 13

g 3336 26.6.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Mit Glauben gegen Impfpflicht

BAYREUTH/RHEINLAND. Die „Keltisch-Druidische Glaubensgemeinschaft“ (KDG) ist in Deutschland nun ein eingetragener Verein. Auf die Gemeinnützigkeit muss der Verein, der auch über einen Ableger in der Schweiz verfügt, derzeit aber noch warten. Das „Finanzamt beschäftigt uns im Moment mit immer neuen Aufgaben und Anfragen“, heißt es Anfang Juni im Newsletter der KDG von Benjamin Ernst. Dieser vermutet, dass das Finanzamt die Erlangung der Gemeinnützigkeit verhindern oder zumindest erschweren will. Dabei versteht sich die KDG als „freie Glaubensgemeinschaft“, die „einen Verein als einen Mantel benutzt, der ein Werkzeug ist, um in dem noch bestehenden System handlungsfähig arbeiten zu können“. Ihre Religion sei auch ein Schutz vor der gesetzlichen Impfpflicht, die laut der KDG „einen massiven Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und das Selbstbestimmungsrecht des Menschen“ darstelle. Aber es geht der KDG nicht nur um die Impfpflicht. „Der Keltisch-Druidische Glaube“ untersagt „jegliche äußere, z.B. gesetzlich-staatliche Verpflichtung zur Einbringung, Verwendung oder Zulassung künstlich geschaffener oder verpflanzter Objekte wie Medikamente, Chips, Impfungen, Blut, Blutserum, Stammzellen, Gewebe, künstlicher oder transplantierter Organe“, so die KDG auf ihrer Internetseite. Mitglieder der KDG erhalten einen „Bekennungsausweis“, der, so Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft, wohl auch schon erfolgreich bei Flugreisen innerhalb Europas eingesetzt worden sein soll. Auch mit „Chemtrail“-Forschungen, den Bilderberger-Treffen und dem Ziel des Multikulturalismus beschäftigt sich die KDG, die nun damit beginnt, „regionale Stamm-tische“ zu etablieren. So soll sich am 25.Juni ein „Mitglieder-Stammtisch im Raum Köln-Gladbach-Düsseldorf“ gründen.

hma ■

Aus dem Inhalt:

Rassismus und Antisemitismus in Ungarn 6
Aktuelles vom Front National 8

Verfassungsschutz leichter verstehen

Von Petra Pau

Demo, 2.11.2013, Heilbronn

Es hätte der unsäglichen NSU-Nazi-Mord-Serie gewiss nicht bedurft, um auf Distanz zu den Ämtern für Verfassungsschutz (VS) zu gehen. Aber alle Untersuchungen in Parlamenten und Recherchen von Journalisten bestätigen: Im Zentrum des Staatsversagens beim NSU-Desaster agierten genau sie. Darin waren wir uns übrigens im Bundestag über Fraktionen hinweg einig. Doch bei den Schlussfolgerungen blieben natürlich Differenzen, gravierende.

CDU/CSU und SPD wollen den Verfassungsschutz reformieren und besser kontrollieren. DIE LINKE und Teile von Bündnis 90/Die Grünen möchten ihn als Geheimdienst auflösen und die unsägliche V-Leute-Praxis sofort beenden.

Nun hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit ihm würden die Ämter für Verfassungsschutz gestärkt und gravierende Mängel aus dem NSU-Versagen behoben. Sagt er. Im Kern geht es um zwei Punkte. Die V-Leute-Praxis soll rechtlich geregelt und der Informationsfluss zwischen den Ämtern verbessert werden.

Die Zeitung „Das Parlament“ hat dazu eigens eine Beilage in „leichter Sprache“ herausgegeben. Dort heißt es: „Die Arbeit des Geheim-Dienstes ist schwer. Denn: Es arbeiten sehr viele Behörden zusammen. Die Bundes-Regierung möchte die Zusammen-Arbeit gerne verbessern. Damit nicht mehr so viele schlimme Sachen passieren.“ Weiter steht da leicht verständlich geschrieben: „Auch soll es im Gesetz Regeln für V-Leute geben. Das bedeutet zum Beispiel: Die Männer müssen über 18 Jahre alt sein, um für den Geheim-Dienst arbeiten zu können. Sie müssen sich so verhalten, dass ihre geheime Arbeit nicht auffällt. Sie dürfen auch noch keine schlimmen Sachen gemacht haben.“

Nun bin ich sehr für „leichte Sprache“. Kompliziertes wird so für manche fassbarer, Falsches deswegen aber mitnichten richtiger. Die Autoren haben einfach die Botschaften des Innenministers 1:1 übersetzt. Zu ihnen gehören:

V-Leute der Ämter für Verfassungsschutz dürfen szenetypische Straftaten begehen, zum Beispiel den Hitler-Gruß zeigen, mehr aber nicht, schon gar keine Körperverletzungen oder Mordversuche. Jedenfalls „grundsätzlich!“ Was heißt: Es kann Ausnahmen geben. Zum Beispiel wenn das Informationsbedürfnis der Ämter schwerer wiege, als die Straftat der V-Leute. In solchen Fällen habe künftig der Chef des jeweiligen Amtes für Verfassungsschutz persönlich zu wägen und zu entscheiden. So will es der Gesetzentwurf, der nunmehr in den Ausschüsse des Bundestages verhandelt wird. Also tauchen wir mal ab in die VS-NSU-Tiefen.

Carsten S. war als strammer Nazi aus Brandenburg bekannt. Er hatte gemeinsam mit rechtsextremen Kumpanen versuchte, einen Nigerianer zu erschlagen, zu verbrennen, zu ersäufen. Das Opfer entkam nur knapp dem Tod. Carsten S. wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Von da an wurde er für den Verfassungsschutz interessant, als V-

→

„Die Rechte“ in Hamm

Hamm. Die Partei „Die Rechte“ will am 3. Oktober in Hamm unter dem Motto „Massen-einwanderung und Asylmissbrauch stoppen“ demonstrieren. Der „Tag der deutschen Teilwiedervereinigung“ sei ein Grund mehr, „aktuelle Missstände anzuprangern und Lösungen zu fordern“, so die extrem rechte Partei, und fordert „Deutsche Politik für deutsche Menschen!“ sowie „Geeignete Maßnahmen gegen Masseneinwanderung“.

hma ■

Auf Rechtskurs

Die „Junge Alternative“ (JA) in der AfD hat auf ihrem Bundeskongress Ende Mai u.a. beschlossen, den Austritt Deutschlands aus dem Schengen-Abkommen zu fordern. Sven Tritschler (Köln), der nun gemeinsam mit Markus Frohnmaier die neue Doppelspitze der JA bildet, sieht vor allem an der Ostgrenze Deutschlands eine „Beschaffungskriminalität“, die „dramatisch zugenommen“ habe. Man wolle die Forderung nun „in den Erarbeitungsprozess des AfD-Partei-programms“ hineintragen, so Frohnmaier. Am 11. Juni führte die JA NRW im Kölner Ameron Hotel Regent eine Veranstaltung mit Hamed Abdel-Samad durch. Der Autor des Buches „Der islamische Faschismus“, im vergangenen Jahr Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, sprach in Bezug auf die politischen Aktionen infolge des Pariser Attentats auf die „Charlie Hebdo“-Redaktion von Heuchelei. Mit der Symbolpolitik, in der der Islam zu Deutschland gehöre, müsse Schluss gemacht werden. 120 Menschen sollen an dieser Veranstaltung teilgenommen haben, heißt es in einem Bericht auf der rassistischen Internetseite „PI-News“. Darunter auch der Kölner OB-Kandidat der AfD, Hendrik Rottmann, der AfD-Landesvorsitzende Marcus Pretzell und die AfD-Bundes-sprecherin Frauke Petry.

hma ■

Mann „Piatto“. Sein V-Mann-Führer vom Verfassungsschutz chauffierte „Piatto“ verlässlich aus dem Knast zu Nazi-Konzerten. So blieb Carsten S. in der Szene und für sie aktiv. Später absolvierte Carsten S. ein Praktikum. Obendrein hatte er eine Festanstellung in Aussicht. Das beeindruckte offenbar auch eine Richterin. Er wurde vorzeitig entlassen mit der klaren Auflage, sich künftig strikt von der Nazi-Szene fern zu halten. Allerdings wurden der Richterin damals zwei wesentliche Fakten verschwiegen: Das gelobte Praktikum genoss „Piatto“ in einem Nazi-Szene-Laden in Sachsen. Und seine mögliche Festanstellung sollte eine neue Filiale desselben im Raum Berlin-Brandenburg sein. Alles von Verfassungsschutz‘ Gnaden, Täuschung der Justiz inklusive. Kurzum: Ämter für Verfassungsschutz halfen, Verfassungsfeinde aufzubauen, anstatt die Verfassung zu schützen.

Ich hatte den V-Mann-Führer von Carsten S. alias Piatto übrigens im Untersuchungsausschuss gefragt: „Wie sehen Sie das im Rückblick. Glauben Sie nicht auch, dass das ein fataler Fehler war.“ Seine Antwort war eindeutig: „Nein!“ Wochen später wurde derselbe Piatto-Führer, Herr Meyer-Plath, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen, also neuer Chef-Entscheider. Mit anderen Worten: Die Moral, die der Bundesinnenminister aus seinem V-Leute-Gesetz heraus liest, erhebt letztlich die staatliche Unmoral aus dem NSU-Desaster zum Recht.

Nachdem ich in einer aktuellen Plenardebatte des Bundestages an all das erinnert hatte, sagte mir eine wohlwollende Zuhörerin: „Das mit den Nazi-V-Leuten habe ich nun verstanden. Aber wie sollen die Behörden sonst an brauchbare Informationen aus den Nazi-Netzwerken kommen? Und kann es denn falsch sein, wenn sie offener miteinander kommunizieren?“ Zwei nahe liegende Fragen, finde ich. Nur was heißt „brauchbare“, was „offener“ und was „miteinander“? Also zurück zur „Piatto“-Geschichte und dem NSU-Staatsversagen:

Der V-Mann „Piatto“ lieferte tatsächlich Informationen. Verkürzt diese: Das untergetauchte Trio aus Jena ist wahrscheinlich in Sachsen. Sie brauchen Geld und neue Papiere. Sie suchen Waffen und wollen sich ins Ausland absetzen. Später: Sie brauchen kein Geld mehr, planen aber weitere Anschläge.

Das also wusste der Verfassungsschutz in Brandenburg. Und dieses Wissen teilte er mit den Ämtern für Verfassungsschutz in Thüringen und Sachsen, offen und gemeinsam. Nicht aber mit den Landeskriminalämtern in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und im Bund, mit jenen also, die nach dem Trio fahndeten. Die wiederum sagten uns im Ausschuss unisono: Hätten wir das gewusst, so wären wir dem Nazi-Trio auf die Spur gekommen, und zwar bevor deren Mordserie begann. Für sie bleiben die V-Mann-Informationen also unbrauchbar.

Denn die Kriminalämter sollten und durften sie aus Prinzip nicht erfahren, weil sonst womöglich der Informant, also „Piatto“, aufgeflogen wäre. In Geheimschutzkreisen gilt ehern: Der Schutz ihrer Quellen geht vor Strafermittlungen. Und das war nicht nur im Fall „Piatto“ so. In Kassel wurde von der NSU-Bande der Besitzer eines Internetcafés ermordet. Zur Tatzeit am Tatort war ein Beamter des Verfassungsschutzes. Er war zugleich V-Mann-Führer, auch ins Nazi-Milieu hinein. Die Polizei wollte ihn als Zeugen befragen, durfte es aber nicht. Es kam zum Konflikt zwischen Landeskriminalamt und Landesamt für Verfassungsschutz, zwischen Ermittlungen und Quellenschutz. Der zuständige Innenminister entschied zugunsten des Geheimdienstes. Inzwischen wurde der damalige Entscheider, Volker Bouffier, Ministerpräsident von Hessen.

Nichts von alledem stellt der neue Gesetzentwurf von Bundesinnenminister Thomas de Maizière auch nur ansatzweise infrage: nicht die Prinzipien, nicht die Praktiken, nicht die unsäglichen Pleiten. Alles bleibt beim Alten, ausgenommen: Es soll noch mehr Geld und Befugnisse für die Verfassungsschutzämter geben. Oder in leichter Sprache formuliert: Geheim-Dienste haben es manchmal schwer, Schlimmes zu tun. Das soll nun besser gehen.

Petra Pau, Vizepräsidentin des deutschen Bundestages
Beitrag für den Rundbrief der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE 2015
http://www.bag-antifaschismus.de/rundbrief/ ■

Nach Demo gegen Flüchtlinge in der Slowakei: Rechtsextreme greifen Passanten an

In der slowakischen Hauptstadt Bratislava riefen Rechte zu einer Demonstration gegen die Aufnahme von Flüchtlingen die „Islamisierung des Abendlandes“ auf und ca. 5000 kamen.Zu der Kundgebung hatten mehrere rechtsextreme Gruppen und zwei Vereinigungen von Fußball-Hooligans aufgerufen.

Rund 200 GegendemonstrantInnen protestierten mit Slogans wie „Bratislava ohne Nazis“ gegen die Kundgebung. Ein Großaufgebot der Polizei verhinderte zunächst Auseinandersetzungen zwischen den Rechten und den ca. 200 GegendemonstrantInnen.

Nach dem offiziellen Ende der Demonstration randalierten jedoch kleine Gruppen von teils betrunkenen Demonstranten, demolierten Polizeiautos, blockierten eine Radsportveranstaltung und attackierten deren Publikum. Am Hauptbahnhof warfen Vermummte Flaschen und Steine auf eine arabische Familie mit Kleinkind.

Die Protestierenden kritisierten unter anderem EU-Pläne zur Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten. Die Slowakei soll 785 Personen aufnehmen. Die Regierung in Bratislava lehnt dies ab.

Quelle: tagesschau.de

676 / 972 31 10)■

Engagement hört nicht am Werkstor auf

IG-Metall-Vertrauensleuteversammlung bei VW in Hannover beschäftigt sich mit Rechtsextremismus und Rassismus

Bei der IG-Metall-Vertrauensleuteversammlung der Volkswagen AG Ende Mai setzten sich rund 800 Vertrauensleute mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus auseinander. Der Kumpelverein stellte den Kolleginnen und Kollegen seine Angebote im Bereich der gewerkschaftlichen und betrieblichen antirassistischen Präventionsarbeit vor. Zudem war als Experte Dr. Ralf Melzer von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) eingeladen, Herausgeber der Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“. Die 2014 im November erschienene Studie analysiert rassistische Einstellungsmuster in Deutschland – vom rechtsextremen Rand bis hin zu den subtilen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der „Mitte“ der Gesellschaft. Die Auswertung ergab, dass rechtsextremes Gedankengut zwar insgesamt zurückgeht, aber rassistische Vorurteile gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen durchaus hohe Zustimmung erfahren. Daher, so Ralf Melzer, sei der Kampf gegen Rassismus eine dringliche Herausforderung für unsere Demokratie und erfordere ein wachsames und kontinuierliches Engagement aller Akteure unserer Gesellschaft. Für den kontinuierlichen Einsatz gegen „Rechts“ stehe sowohl die FES als auch der Kumpelverein mit seinem nunmehr fast 30-jährigen Engagement. Martin Sieber, aktives Fördermitglied, forderte die 800 Vertrauensleute zu noch mehr Engagement auf: „Euer Engagement als Vertrauensleute hört nicht am Werkstor auf, euer gesellschaftliches Betätigungsfeld ist auch euer Revier.“ In einem anschließenden Gespräch mit Sandra Milder, der Vorsitzenden der Jugendvertretung, wurde über Möglichkeiten des Engagements gesprochen und eine Teilnahme am Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ in Betracht gezogen.

Quelle: http://www.gelbehand.de

16.06.2015 ■

Neonazis kündigen Aufmarsch am 3. Oktober an

HAMM Die Neonazis der Partei „Die Rechte“ haben mit der Bewerbung eines Aufmarsches unter dem Motto „Wir sind das Volk. Masseneinwanderung und Asylmissbrauch stoppen“ am 3. Oktober 2015 im westfälischen Hamm begonnen. Bereits im vergangenen Jahr waren 200 Neonazis am „Tag der deutschen Einheit“ in Hammer Norden aufmarschiert, um für „nationale Selbstbestimmung“ zu demonstrieren.

In diesem Jahr soll die Hetze gegen Asylsuchende im Vordergrund stehen. Am 3. Oktober feiere man „den Tag der deutschen Teilwiedervereinigung“, heißt es im Aufruf. „Masseneinwanderung und Asylpolitik“ seien Staatsdoktrin, wer dies kritisiere, würde „diffamiert“ und „im schlimmsten Falle mit Hilfe des Volksverhetzungsparagraphen inhaftiert“, glaubt „Die Rechte“. Dies sei vergleichbar mit der Situation in der DRR. Damals habe man „die Diktatur“ brechen können, als „die schweigende Mehrheit ihre Stimme erhob“. Weiter heißt es „Und so wollen wir den Regierenden an diesem 3. Oktober wieder entgegnen: Wir sind ein Volk – Wir sind das Volk – Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge sind es nicht!“

Wie auch in anderen Städten versucht „Die Rechte“ aktuell in Hamm gegen die Unterbringung von Geflüchteten mobil zu machen, so zum Beispiel durch das Verteilen von Flugblättern in verschiedenen Stadtteilen. Im Vorfeld des Aufmarsches ist mit weiteren Aktionen zu rechnen. Die Neonazis haben eine „Kampagne“ angekündigt. Betont wird zudem, dass man in diesem Jahr versuchen möchte, „den überparteilichen Charakter der Demonstration deutlicher hervorzuheben“. Es würden Gespräche mit NPD, JN und „Der III.Weg“ geführt. Der Aufmarsch werde schon jetzt von „freien Nationalisten“ und dem NPD Kreisverband Unna/Hamm unterstützt.

Die Verbindungen zur lokalen NPD waren schon zur Zeiten der „Kameradschaft Hamm“, als deren faktische Nachfolgeorganisation „Die Rechte Hamm“ fungiert, sehr eng. Im Mai besuchten Mitglieder von „Die Rechte“, darunter der Hammer Kreisverbandsvorsitzende Sascha Krolzig, gemeinsam mit VertreterInnen des NPD Kreisverbands Unna/Hamm den NPD-Europaabgeordneten Udo Voigt in Brüssel. Im Anschluss nahmen sie an einer Vortragsveranstaltung mit dem britischen Holocaustleugner David Irving teil. In April luden die Kreisverbände der NPD und der „Die Rechte“ zu einem Zeitzeugengespräch mit dem SS-Mann Klaus Grotjahn. Für Vortragsveranstaltungen, Feiern und kleinere Rechtsrock-Konzerte nutzen die Neonazis in Hamm eine Immobilie im Kentroper Weg .

http://www.lotta-magazin.de ■

FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT IN DER UKRAINE!

Erklärung des Personenkomitees „Frieden in der Ukraine“

In der Ukraine herrscht Krieg- ein Krieg der an die 10 000 Personen das Leben gekostet hat und ganze Regionen verwüstete.

Die Ursachen für diesen Krieg sind vielfältig: der Sturz des korrupten Janukowitisch-Regimes, die Entstehung des „Maidan“, die Bildung einer rechten, neoliberalen Regierung/ Präsidentschaft in Kiew, die massiv auf Sozialabbau setzt, deren Ignorierung der Rechte der russisch sprechenden Menschen im Donbass, die Intervention von EU, NATO und Russland in den Konflikt etc.

Auch unter fortschrittlichen Kräften gibt es unterschiedliche, ja gegensätzliche Gewichtungen der Ursachenstränge. Unabhängig von solchen Differenzen wollen wir für Frieden und soziale Gerechtigkeit wirken.

Frieden ist mehr als das bloße Schweigen der Waffen. Er umfasst unter anderem:

- Ausschaltung der Herrschaft der Oligarchen;
- Selbstbestimmungsrecht der Völker – konkret: Autonomie für den Donbass; keine Einmischung der Großmächte.

Gerade das neutrale Österreich sollte seine Stimme erheben, anstatt etwa Sanktionspolitik gegenüber Russland zu betreiben.

- Frieden und soziale Gerechtigkeit in der Ukraine
- Wiederherstellung der Meinungsfreiheit- Auflösung rechtsextremer Verbände
- gegen jegliche ausländische Einmischung
- Für aktive Neutralitätspolitik Österreichs

Personenkomitee „Frieden in der Ukraine“

Quellenschutz darf die Aufklärung nicht weiter behindern

Offener Brief der Initiative *Keupstraße ist überall*

An die Landesregierung NRW

An die Fraktionen des Landtags NRW

An den Parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschuss NRW

An die Staatsanwaltschaft Köln

Initiative
Keupstraße ist überall
keupstrasse-ist-ueberall.de * initiative@keupstrasse-ist-ueberall.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch Recherchen der Journalisten Stefan Aust und Dirk Laabs wurde am 14.6.2015 bundesweit bekannt, dass die Bundesanwaltschaft bereits 2012 vom Verfassungsschutzamt-NRW über die frappierende Ähnlichkeit des Kölner Neonazi Johann H. mit dem Phantombild des Bombenlegers in der Probsteigasse informiert wurde. Das Amt teilte außerdem mit, dass er seit 1989 „geheimer Mitarbeiter" für den Verfassungsschutz-NRW ist, Anhaltspunkte für eine Tatbeteiligung bestünden nicht. Die jahrelange Tätigkeit für den Verfassungsschutz wurde implizit durch seinen Anwalt in einem Artikel des Kölner Express vom 19.06.2015 bestätigt. Und es ist bekannt, dass Johann H. 1985 wegen eines Sprengstoffdelikts verurteilt wurde.

Wir hatten bereits 2014 auf diese Ähnlichkeit zwischen dem Phantombild und Johann H. hingewiesen und schon damals vermutet, dass er Verfassungsschutz-Mitarbeiter ist.

Wir fragen, warum diese Hinweise von Polizei, Staatsanwaltschaft und/oder Verfassungsschutz bisher offensichtlich völlig ignoriert wurden. Wurde den Hinweisen etwa nicht nachgegangen, weil H. „geheimer Mitarbeiter" des Verfassungsschutz NRW war?

Dieser Skandal zeigt einmal mehr, wie stark die Geheimdienste in den NSU-Komplex verstrickt sind und wie wenig staatliche Behörden an einer umfassenden Aufklärung interessiert sind.

So stehen bei der Aufklärung des Nagelbombenattentats in der Keupstraße 2004 immer noch Antworten aus, so z.B. zu der Anwesenheit weiterer Personen in der Straße während des Anschlags aus eventuell Polizei/Verfassungsschutz- und/oder NSU-Kreisen und zu den Videoaufnahmen mit dem auffälligen Pärchen in der Schanzenstraße.

Ebenso müssen die Bombenattentate in den 90er Jahren in Köln-Mauenheim, -Bilderstöckchen und -Ehrenfeld auf einen organisierten rechtsradikalen/neonazistischen Hintergrund untersucht werden. Diese Anschläge haben eine auffällige Ähnlichkeit mit dem Anschlag in der Probsteigasse.

Die Verbindungen von Kölner Neonazis zu der Zwickauer Zelle müssen aufgedeckt werden. Es gibt Zeugenaussagen von einem ehemaligen Aussteiger, dass der Neonazi Axel Reitz, der offenbar im Auftrag des NRW-Verfassungsschutzes von Johann H. „betreut" wurde, Kontakt zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gehabt haben soll.

Es wird immer klarer erkennbar, dass die politisch bequeme These von der kleinen NSU-Dreiergruppe nicht aufrecht erhalten werden kann, sondern dass sie Teil einer viel größeren, weiterhin agierenden Bewegung von Neonazis in Deutschland ist, die unter unterschiedlichen Namen auftreten, aber eng vernetzt sind. Die Fälle „Probsteigasse" und „Keupstraße" legen den Verdacht nahe, dass der NSU aus mehr Leuten bestand als jenen, die derzeit in München angeklagt sind.

Der wirkliche Skandal ist, dass diese Neonazis von den deutschen Sicherheitsbehörden faktisch gedeckt werden, um eigene mangelhafte Ermittlungen und/oder Verstrickungen eigener Mitarbeiter in Anschläge und Mordtaten zu vertuschen.

Wir fordern deshalb, dass die Aufklärung dieses Verhaltens der Behörden, das zumindest eine Strafvereitelung im Amt nahelegt, zu dienstrechtlichen bzw. strafrechtlichen Konsequenzen für die Verantwortlichen führen muss.

Skandalös ist auch die von der Bundesregierung geplante Ausweitung der Kompetenzen des Verfassungsschutzes und damit die Legalisierung der bisherigen Praxis ohne Aufarbeitung und Sanktionierung der Vergehen und ohne die Einführung einer wirksamen öffentlichen Kontrolle. Unter diesen Umständen bietet nach unserer Einschätzung nur die Auflösung des Verfassungsschutzes die Gewähr, die Komplizenschaft zwischen Neonazibewegung und Verfassungsschutzmitarbeitern zu beenden. Das System der V-Personen hat sich als unbrauchbar erwiesen. Mehr noch wurde dadurch der Aufbau eines extrem rechten Terrorsystems erst ermöglicht.

Wir fordern, dass unverzüglich die notwendigen Ermittlungen zu den Aufklärungsdefiziten bezüglich Probsteigasse und Keupstraße eingeleitet werden und für die Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Wir fordern aber auch, dass im NRW-Untersuchungsausschuss auch den Rechercheergebnissen von z.B. JournalistInnen und antifaschistischen Gruppen, – wie u.a. NSU-Watch – die mehr Engagement und eine höhere Kompetenz als die Ermittlungsbehörden an den Tag gelegt haben – nachgegangen wird. Die Beschränkung allein auf die „vorliegenden Akten", wie ein Sprecher des NRW- Untersuchungsausschusses in der Aktuellen Stunde des WDR am 15.6.2015 kund tat, ist nicht zielführend, da es ja gerade ein weiterer Aspekt des NSU-Ermittlungsskandals ist, dass von den Sicherheitsbehörden zahlreiche Akten geschreddert, geschwärzt oder zurückgehalten wurden.

Es entsetzt uns immer wieder, dass nun schon seit über 10 Jahren die Wahrheit hinter der Wahrheit der Morde des NSU und seiner Mittäter nur scheibchenweise und nur widerstrebend von den staatlichen Stellen zugegeben wird, und zwar nur aufgrund des zivilgesellschaftlichen Engagements und öffentlichen Drucks. Wie kann es sein, dass der Schutz krimineller V-Leute wichtiger ist, als die Aufklärung von 10 Morden und mehrerer Bombenattentate und Banküberfälle?

Es muss alles getan werden, dass die volle Wahrheit über den NSU und seine Mittäter sowie über die Verquickung mit den staatlichen Behörden endlich ans Licht kommt. Quellenschutz darf die Aufklärung nicht weiter behindern. Das sind wir vor allem den Leidtragenden des jahrelangen Terrors schuldig.

Mit freundlichen Grüßen
Initiative Keupstraße ist überall

Spendenkonto:
VVN – Santander Bank
Kto. 1130469000 – BLZ 50033300
IBAN DE08500333001130469000 – BIC SCFBDE33XXX
Stichwort: Keupstraßensolidarität

Köln, 19.06.2015
Siehe auch:
http://nrw.nsu-watch.info/

Damit uns nicht die Puste ausgeht

Spendenaufruf „Aufklären und Einmischen“

NSU-Watch sitzt seit dem 6. Mai 2013 jeden Verhandlungstag als Beobachter*in im OLG in München und protokolliert. Für die Dokumentation der Untersuchungsausschüsse in Hessen, NRW und Baden-Württemberg haben wir regionale NSU-Watch-Gruppen gebildet. Mit unseren zwei- bis dreisprachigen Veröffentlichungen machen wir den Prozess auch einer türkischsprachigen und internationalen Öffentlichkeit zugänglich und vernetzen uns - auch über den deutschen Kontext hinaus, um den Blick für Rassismus und Rechtsterrorismus zu schärfen.

Inzwischen gibt es erfreulicherweise immer mehr antirassistische und antifaschistische Gruppen, die sich zum NSU-Komplex äußern und aktiv sind. Es gibt immer mehr Theaterstücke, Kunstaktionen, Bücher und auch an den Unis ist der NSU vermehrt Thema in Forschung und Lehre. Unsere Protokolle sind die einzige vollständige öffentlich zugängliche Dokumentation des Prozesses. Sie und die antifaschistischen Hintergrundrecherchen ermöglichen in vielen Fällen erst weitergehende gesellschaftliche Diskurse, Analysen und Aktionen.

Seit zwei Jahren wird unsere Arbeit durch private Spenden finanziert. Wir wollen weiter unabhängig und zuverlässig arbeiten können. Deswegen brauchen wir dringend Geld, um mindestens bis zum Ende des Prozesses weiter:

Protokolle erstellen und veröffentlichen zu können Übersetzungen und Fahrtkosten zu bezahlen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Deutsch und Türkisch leisten zu können zu vernetzen und zu recherchieren.

Jeder einzelne Prozesstag kostet uns im Durchschnitt rund 750 Euro. In dieser Summe sind nicht die Kosten allein an diesem einen Tag enthalten, sondern die gesamte Bereitstellung der Infrastruktur und Personalkosten umgerechnet auf einen Tag. Ohne weitere Spenden sind wir in sechs Wochen pleite.

Deswegen brauchen wir euch.

Bitte helft mit, die Weiterführung unserer Arbeit zu gewährleisten. Sammelt Spenden, organisiert Soli-Parties und macht Werbung für NSU-watch. Und engagiert euch weiter und mischt euch ein: Die vollständige Aufklärung des NSU braucht einen langen Atem und breiten öffentlichen Druck!

Spendenkonto:

Kontoinhaber: apabiz e.V.
Verwendungszweck: Beobachtung/NSU-Watch
IBAN: DE46 1002 0500 0003 3208 03
BIC: BFSWDE33BER
Kontonummer: 3320803
BLZ: 10020500, Bank für Sozialwirtschaft

NSU-Watch
c/o apabiz e.V.
mail@nsu-watch.info

Zschäpe will neue Pflichtverteidiger – Rechtsanwältin Sturm soll gehen

Nach längeren Verzögerungen und Unterbrechungen gab der Vorsitzende heute bekannt, dass Zschäpe beantragt hatte, ihre Verteidigerin Rechtsanwältin Sturm zu entbinden – die Gründe hierfür sind bisher nicht bekannt. Die Sitzung wurde daraufhin für heute beendet.

Bereits letzten Sommer, am 16.7.2014, hatte Zschäpe erklärt, kein Vertrauen mehr zu ihren Verteidigern zu haben. Ihr Antrag, alle drei Pflichtverteidiger zu entpflichten, wurde damals eine Woche später mit der knappen Begründung zurückgewiesen, sie habe keine ausreichenden Gründe vorgetragen.

Es ist klar, dass eine solche Entpflichtung nur in extremen Ausnahmefällen in Betracht kommt, denn ein Austausch aller drei Verteidiger würde zwangsläufig dazu führen, dass die Beweisaufnahme wiederholt werden muss. Die Strafprozessführung sieht eine Entpflichtung nur dann vor, wenn Gründe genannt werden, die belegen, dass eine nachhaltige und nicht zu beseitigende Erschütterung des Vertrauensverhältnisses vorliegt, die befürchten lässt, dass die Verteidigung nicht mehr sachgerecht geführt werden kann.

Ohne zu spekulieren, kann bereits jetzt davon ausgegangen werden, dass Zschäpe solche Gründe nicht benennen kann. Wir sind gespannt, ob sie ihren Antrag diesmal ausführlich begründet. Immerhin hat sie inzwischen akzeptiert, dass sie nicht alle drei Verteidiger loswird, und versucht wohl nunmehr, zumindest einen neuen Akteur an ihre Seite zu bekommen.

Unsere Ausführungen im Blog vom 17.07.2014 können wir nur wiederholen:

„Der Wunsch Zschäpes nach gänzlich neuen Verteidigern wird sich nicht erfüllen. Möglicherweise wird einer ihrer Verteidiger freiwillig sein Mandat abgeben und Platz für einen neuen Verteidiger machen, der unvorbereitet einspringt. Denkbar ist auch die Beiordnung eines vierten Pflichtverteidigers, denn die bestehende gesetzliche Beschränkung auf drei gilt nur für Wahlverteidiger. Egal wie sich das Gericht entscheidet ist unklar, ob dies eine große Wende in den Prozess bringt, ebenso, ob Beate Zschäpe aussagen wird.“

http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/06/10/10-06-2015/
10.06.2015

Zschäpes Beteiligung am NSU-Bekennervideo

Ein BKA-Beamter sagte zu den in der Frühlingsstraße gefundenen Computern aus. Auf einem davon befand sich die Datei einer „Wette“, bei der Zschäpe als Wetteinsatz neben dem Putzen der Wohnung auch „200x Videoclips schneiden“ angeboten hatte. Der Beamte sagte aus, dass sich auf allen Rechnern nur ein einziges Video befand, das aus dem in Frage kommenden Zeitraum stammt und aufwendig geschnitten wurde – das Bekennervideo des NSU. Dies spricht dafür, dass Zschäpe an dem Bekennervideo nicht nur mitgearbeitet hat, sondern dass dieses Video unter den Dreien ein so alltägliches und selbstverständliches Gesprächsthema war wie das Putzen der Wohnung – ein weiteres sehr starkes Indiz für die gleichberechtigte, täterschaftliche Stellung Zschäpes innerhalb des NSU. Hierfür würden auch Aufzeichnungen sprechen, die im Brandschutt der Frühlingsstraße gefunden wurden: auf 49 handbeschriebenen Seiten wurde eine Art Drehbuch des Bekennervideos erstellt, u.a. mit Anmerkungen, welche Clips aus Original-„Paulchen-Panter“-Material Verwendung finden sollten. Die Arbeit an dem Video begann auch ca. ein halbes Jahr nach Erstellung der Datei „Wette“.

Die Verteidigung versuchte, diese Schlussfolgerungen in Frage zu ziehen, ihre Alternativthese: Zschäpe habe möglicherweise aus mitgeschnittenen Fernsehserien die Werbung herausgeschnitten.

16.6.2015

Rassismus und Antisemitismus in Ungarn

Der Europarat kritisiert in einem aktuellen Bericht die ungarische Regierung mit klaren Worten. Flüchtlinge würden inhaftiert und misshandelt. Hetze gegen Roma, Juden, MigrantInnen und Homosexuelle seien an der Tagesordnung. Trotzdem schiebt Deutschland weiter Flüchtlinge ab.

Ein am Montag veröffentlichte Bericht des Ausschuss gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats dokumentiert massive rassistische Hetze in Ungarn.

Rassismus und Übergriffe gegen Roma und Asylsuchende

Der Rassismus gegen Roma stelle eines der drängendsten Probleme in Ungarn dar. Paramilitärische Gruppen organisierten immer wieder Demonstrationen und illegale Patrouillen in Dörfern, um dort wohnhafte Roma zu bedrohen und einzuschüchtern.

Der Ausschuss des Europarates kritisiert auch den Umgang Ungarns mit Asylsuchenden mit deutlichen Worten. Mehr als ein Fünftel aller Schutzsuchenden sei in Haftlagern untergebracht. Dort seien sie physischen und verbalen Angriffen durch Sicherheitskräfte ausgesetzt, der Zugang zu Anwältinnnen und Anwälten sowie zu Hilfsorganisationen werde kaum gewährt.

Der Europarat fordert von der ungarischen Regierung, gegen antisemitische und rassistische Hetze mit aller Deutlichkeit vorzugehen. Auch strafrechtliche Maßnahmen müssten effektiv ergriffen werden.

Hasstiraden gegen Einwanderer, Flüchtlinge, Roma, Juden und Homosexuelle

Ausführlich werden menschenverachtende antisemitische und rassistische Äußerungen der rechtsextremen Partei Jobbik dokumentiert, die bei den Parlamentswahlen 2014 über 20% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. 2012 forderte ein Abgeordneter der Jobbik, eine Liste von Menschen jüdischer Herkunft zu erstellen, da diese eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellten. Die von Jobbik verbreitete Hetze bleibt im Normalfall unbehelligt von den Strafverfolgungsbehörden.

Doch Hetzreden seien nicht nur unter Parteimitgliedern der extremen Rechten salonfähig, so der Bericht. Auch im weiteren politischen Spektrum sei rassistische Hetze gegen Roma, Jüdinnen und Juden sowie Flüchtlinge und MigrantInnen gängige Praxis. In (staatlichen) Medien würden offenkundig rassistische Berichte veröffentlicht, Hetze im Internet sei weitverbreitet. Ein bekannter Journalist und Parteimitglied der Regierungspartei Fidesz habe beispielsweise in einem Artikel vom Januar 2013 Roma und Sinti als „Tiere“ bezeichnet, die „nicht existieren dürften“.

Hetzkampagne gegen Flüchtlinge

Die Ergebnisse des Berichts sind im Hinblick auf die aktuelle rassistische Kampagne von Premierminister Viktor Orban umso eklatanter. Der rechtsnationale Politiker hatte mit seinem Vorstoß einer offenkundig politisch motivierten Befragung rassistische Ressentiments weiter befeuert. Fragen wie „Wussten Sie, dass Wirtschaftsflüchtlinge die Grenze illegal überqueren und deren Zahl zuletzt um das Zwanzigfache gestiegen ist?“ lassen sich in dem Fragebogen zur „Nationalen Konsultation“ finden. Die Gruppe für Solidarität mit MigrantInnen und Flüchtlingen MigSzol hatte für den 19. Mai zu einer Kundgebung gegen den Fragebogen aufgerufen, an der 200 Menschen teilnahmen.

Auch mit seinen gängigen Forderungen nach einem „Einwanderungsstopp“ aufgrund der wachsenden Terrorismusgefahr und einer weiter verschärften Inhaftierungspraxis lässt Viktor Orbán keinen Zweifel daran, dass weitere flüchtlingsfeindliche Maßnahmen zu erwarten sind. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Umverteilung von 40 000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland auf andere EU-Staaten lehnte Orbán mit der Begründung ab, der Vorschlag sei vollkommen „irrsinnig“ und „grenze an Wahnsinn“. Zwar sind die vorgeschlagenen Quoten tatsächlich kritikwürdig, da sie die Bedürfnisse der Flüchtlinge nicht berücksichtigen. Orbán befürchtet jedoch für einmal mehr eine Zunahme der Flüchtlingszahlen. Die tatsächliche Bedrohung, die von dem virulenten Rassismus und Antisemitismus in weiten Teilen der ungarischen Bevölkerung ausgeht, interessiert hingegen nicht: Die Vorwürfe aus dem Europaratsbericht wies die ungarische Regierung zurück.

Flüchtlinge werden weiterhin aus Deutschland abgeschoben

Trotz der Hetze und Gewalt finden weiterhin Rückführungen aus Deutschland statt. Ungarn wird ein immer wichtigeres Ersteinreiseland für Flüchtlinge die über die Ostroute nach Europa kommen. Im Jahr 2014 wurden 42 777 Asylanträge gestellt. Eine Verzwanzigfachung gegenüber 2012 – damals waren es gerade einmal 2157 Anträge. Aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen und des verbreiteten Rassismus, reisen die meisten Flüchtlinge jedoch schon nach wenigen Tagen weiter. Kommen sie nach Deutschland droht ihnen die Abschiebung. Laut Dublin-Verordnung ist das EU-Land für den Asylantrag zuständig, welches ein Flüchtling zuerst betreten hat. In 2014 fragte Deutschland in 3913 Fällen Ungarn um Übernahme von Flüchtlingen an. 178 Flüchtlinge wurden abgeschoben. Immer wieder stoppen Verwaltungsgerichte Abschiebungen nach Ungarn, Menschrechtsorganisationen fordern seit langem einen Überstellungsstopp. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hält jedoch weiterhin an der Auffassung fest, dass Ungarn für Flüchtlinge sicher genug sei.

Quelle: http://www.proasyl.de 10.06.2015 ■

Denkmal für Nazi-Minister? In Ungarn schon!

Auch in der Stadt Székesfehérvár regiert Victor Orbans Fidesz. Sie will eine neue Statue für den Mittelalter-Historiker Bálint Hóman (1885-1951) errichten. Dieser Homan war an den autoritären bis faschistischen ungarischen Riegerungen von 1932 bis 1938 und von 1941 bis 1945 als Minister für Religion und Bildung beteiligt.

Im Oktober 1944 beteiligte er sich am Staatsstreich der nationalsozialistischen Pfeilkreuzler gegen die Horthy-Regierung. Homan gilt als einer der Architekten der ungarischen Judengesetze. Er überwachte persönlich die Deportation von 2700 jüdischen Bewohnern von Nagykanizsá. 1946 wurde er wegen Kriegsverbrechen verurteilt – ein Urteil das im Februar dieses Jahres von einem ungarischen Gericht aufgehoben wurde.

Somit ist die Ehrung dieses Nazis und Kriegsverbrechers Teil des ideologischen Rollbacks, dass die Fidesz-Regierung mit Macht betreibt.

Der deutschsprachige „Pester Lloyd“ kommentiert: „So ein Denkmal ist heute in Ungarn nur noch eine Randnotiz, ein Steinchen am großen Mosaik amtlichen Geschichtsrevisionismus, dem theoretischen Unterbau der völkischen Wiedergeburt. … All das hat die Phase des Symbolischen längst überwunden. Die steinernen Boten der Vergangenheit sind schon wieder lebendig, der zivilisatorische Zerfall ist real geworden.“

F, nach Pester Lloyd, 18.6. ■

IM Baden-Württemberg bleibt hart: Schulkinder sollen mitten im Schuljahr ausreisen

Viele Menschen in Konstanz unterstützen die Kinder der Familien Selimi aus Serbien und Kazimov aus Mazedonien, denen nun die Abschiebung angedroht wird, wenn sie bis Ende Mai Deutschland nicht verlassen haben. Zuletzt setzte sich der Runde Tisch zur Begleitung von Flüchtlingen in Konstanz für ein Bleiberecht bis Schuljahresende ein. Die Behörden zeigen sich jedoch kompromisslos.

Im Februar versammelten sich rund 100 Bürgerinnen und Bürger an der Markstätte und forderten ein generelles Bleiberecht für die Familien in Deutschland. Dafür treten auch der Arbeitskreis Roma-Solidarität, der Runde Tisch zur Begleitung von Flüchtlingen der Stadt Konstanz sowie die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Konstanz ein. Ein Bleiberecht fordert auch der neugewählte Vorstand im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Jürgen Weber.

Nun sollen die Kinder statt ihrer Schultaschen bis Ende Mai die Koffer packen. Die Familien stimmen ohnehin einer Ausreise zu Schuljahresende, also lediglich zwei Monate später, zu. Diese Information liegt den zuständigen Stellen schriftlich vor. Der Konstanzer Rechtsanwalt Rudy Haenel, der die Familien vertritt, kann das Verhalten der Behörden und des Ministeriums nicht verstehen.

Die Leitlinien des Innenministeriums Baden-Württemberg für die Rückkehr und Abschiebepraxis im Land besagen: „Bei einem Vollzug der Rückführung hat die freiwillige Rückkehr der Ausreisepflichtigen, insbesondere von Familien mit minderjährigen Kindern grundsätzlich Vorrang“. Und wie im Falle der Konstanzer Familien: „Die Ausreisefrist kann unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls angemessen verlänger werden, wenn sich aus dem Vortrag des Ausreisepflichtigen schlüssig ergibt, dass eine freiwillige Ausreise ernsthaft beabsichtigt ist“.

Obwohl die Familien große Hilfe durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer erfahren ist eine Vorbereitung der Ausreise bis 29.5., wie vom zuständigen Regierungspräsidium Karlsruhe gefordert,nicht möglich, willkürlich und unverhältnismäßig.

Zur sofortigen Ausreise bis Monatsende aufgefordert sind insgesamt fünf Erwachsene und sieben minderjährige Kinder der Familien, die derzeit in der Konstanzer Sammelunterkunft in der Steinstraße leben. Ansonsten droht die polizeiliche Abschiebung in den frühen Morgenstunden von dort. Drei der Kinder gehen zur Geschwister Scholl Schule, zwei besuchen Konstanzer Grundschulen. In Serbien und Mazedonien ist den Kindern der Zugang zu Bildung verwehrt und die Gesundheitsversorgung gefährdet.

Das Regierungspräsidium ist aufgerufen die Rückkehrsituation im Einzelnen zu prüfen. Dieser Prüfung entzieht sich die Behörde. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte mehrfach darauf hingewiesen, dass bei einer geplanten Abschiebung nach Serbien oder Mazedonien immer eine Einzelfallprüfung der Rückkehrsituation stattfindet.

Diese Prüfung und verbindliche Zusagen fordert nun auch der Arbeitskreis Roma-Solidarität, schließlich hat auch Innenminister Reinhold Gall (SPD) mehrfach öffentlich bekundet, dass aus Baden-Württemberg keine Abschiebungen in die Mittel- und Obdachlosigkeit erfolgen würden.

Genau dies wäre aber bei den Konstanzer Familien der Fall. Es gibt keine Mittel oder Unterkünfte in welche die Familien nach über einem Jahr Flucht zurückkehren könnten. Es zeigt sich, dass der verheerende Fall der Familie Ametovic aus Freiburg kein Einzelfall ist. Den Worten aus Stuttgart stehen gegenteilige und belegbare Tatsachen entgegen.

Jürgen Weber, Vorstand des Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, hat bei der Landesregierung um Kontakte zu den serbischen und mazedonischen Behörden ersucht. Er erwägt mit einer Delegationsreise die Verhältnisse für die Konstanzer Familien vor Ort zu prüfen. „Armut ist nicht der Fluchtgrund, sondern Folge von Mehrfachdiskriminierungen von Roma in diesen Ländern und damit sehr wohl eine Verfolgung im Sinne des Grundrechtes auf Asyl. Gerade für Deutschland gilt dies, welches die Verfolgung und Ermordung von rund 500.000 Sinti und Roma in Europa zu verantworten hat“, so Weber.

Der Arbeitskreis Roma-Solidarität verweist auch auf die bewaffneten Unruhen der letzten Tage in Mazedonien. Die Situation in den so genannten „sicheren Herkunftsländern“ wird immer instabiler und für Roma prekärer und muss für diese Länder erneut grundsätzlich überprüft werden.

Quelle: Blog von Jürgen Weber :http://www.juergenweber.eu/

Frankfurter Ultras attackierten rechte Hooligans

Am Samstag kam es in Frankfurt am Main zu einer Demonstration unter dem Motto „Widerstand Ost/West – Kundgebung gegen die radikale Islamisierung“ an der auch rechte Hooligans teilnahmen. Diese wurden mehrmals von Frankfurter Ultras attackiert.

Im Bahnhofsviertel sowie in der Münchner Straße kam es nach Polizeiangaben zu Auseinandersetzungen zwischen etwa zehn Hooligans und 30 linksorientierten Ultras. Etwa 30 Hooligans reisten demnach aus dem Raum Pforzheim an, zwei von ihnen wurden wegen Körperverletzung festgenommen, da sie Gegendemonstranten angegriffen haben sollen.

Bei Vorkontrollen zur „Widerstand Ost/West – Kundgebung gegen die radikale Islamisierung“ stellte die Polizei Waffen, wie z.B. ein Einhandmesser und ein Wurfstern sicher. Während der Demonstration, an der bis zu 250 Personen teilnahmen, darunter nach Polizeiangaben auch Hooligans aus verschiedenen deutschen Städten, kam es zu Flaschenwürfen auf Gegendemonstranten.

Bereits Anfang Mai kam griffen Frankfurter Ultras rechte Hooligans an. Die Ultras waren auf dem Rückweg von ihrem Auswärtsspiel in Bremen und trafen auf einem Rasthof Hooligans, die von einer Demonstration in Erfurt kamen. Die Ultras aus Frankfurt am Main attackierten die rechten Hooligans.

Quelle: Faszination Fankurve, 23.06.2015 ■

Neue rechtsextreme Fraktion im Europaparlament begründet

Am Montag Abend, den 15. Juni 2015 kündigte Marine Le Pen – die Chefin des französischen Front National (FN) – triumphierend an, nach mehreren vergeblichen Anläufen im Juni und Oktober 2014 habe ihre Partei es nun doch geschafft, eine Fraktion im Europäischen Parlament zu konstituieren. Dazu werden mindestens 25 Abgeordnete aus sieben EU-Ländern benötigt. An der Mindestzahl an beteiligten Nationalitäten scheiterte die Fraktionsgründung bislang, da der FN nur über vier zuverlässige und hinreichend vorzeigbare Partner verfügte, wie die FPÖ aus Österreich und den Vlaams Belang aus Belgien. Zusammenschlüsse mit der deutschen NPD, Jobbik aus Ungarn oder der griechischen Partei „Goldene Morgenröte“ schloss die französische Partei hingegen aus.

Am 15. Juni d. J.verkündete die Front National-Chefin also den Namen ihrer neuen Fraktion, „Europa der Nationen und Freiheitsrechte“ (Europe des nations et des libertés). Aus welchen zwei, bislang noch in ihren Reihen fehlenden EU-Staaten die neu hinzukommenden Abgeordneten für die Fraktion stammen, wurde zunächst nicht offiziell bekannt. Es sickerte jedoch durch, dass wohl mindestens eine Überläuferin aus den Reihen der nationalistischen und rechtskonservativen britischen Partei UKIP von Nigel Farage dazu gehört.

Am Dienstag, den 16. Juni 15 wurde die neue Fraktion nun offiziell gegründet. Ihr gehören insgesamt 36 Abgeordnete an, darunter 21 des französischen FN. Für ihn wurden im Mai 2014 insgesamt 24 Europaparlamentarier nach Brüssel gewählt. Doch eine von ihnen, Joëlle Bergeron, lief damals kurz darauf zu den Nationalkonservativen um Nigel Farage über, nachdem sie wegen ihrer (befürwortenden) Position zum „Ausländerwahlrecht“ angegriffen worden war. Dem Altvorsitzenden Jean-Marie Le Pen wurden am 04. Mai 2015 die Mitgliedsrechte beim FN entzogen, er wird zukünftig auch nicht mehr auf derselben Bank im Europäischen Parlament sitzen wie seine Nachfolgerin und Tochter Marine Le Pen. Bruno Gollnisch, langjährige „Nummer Zwei“ hinter Jean-Marie Le Pen, kündigte an, in diesem Falle auch seinerseits nicht der neuen Fraktion angehören zu wollen. Er werde sein Abstimmungsverhalten im Europaparlament jedoch mit ihr in Einklang bringen.

Es hat sich bestätigt, dass eine bisher der britischen UKIP angehörige Abgeordnete zu ihr gehört; diese war von ihrer vormaligen Partei aus deren Fraktion ausgeschlossen worden, nachdem herauskam, dass ihr Mitarbeiter wohl (Ab)Rechnungen gefälscht hatte. Ferner kommen noch zwei Europaparlamentarier der polnischen Rechtspartei KPN – „Kongress der neuen Rechten“ – hinzu. Im Vorjahr 2014 galt diese den Anführern des französischen FN noch als hinreichend vorzeigbar, da ihr damaliger Chef Janusz Korwin-Mikke offen antisemitisch, geschichtsrevisionistisch und ungeschminkt homophob auftrat. Doch er wurde zu Anfang dieses Jahres vom Parteivorsitz abgesägt. Ähnlich wie in jüngerer Zeit auch Jean-Marie Le Pen als „Ehrenvorsitzender“ bei der französischen Partei – dieses Amt wurde durch eine Abstimmung der Parteiführung am 12. Juni 15 ersatzlos gestrichen. Auch dies erleichterte die Fraktionsbildung zusammen mit anderen Kräften im Europaparlament, ähnlich wie die Absetzung von Korwin-Mikke. Eine Parallele, die auch ein – namentlich ungenanntes – Führungsmitglied des französischen FN in der Ausgabe der Pariser Abendzeitung Le Monde vom Mittwoch, den 17. Juni 15 zieht: „Die kümmern sich um ihren alten Chef, genau wie wir.“

Über eine Fraktion im Europaparlament; zu verfügen, hat nicht nur einen hohen symbolischen Stellenwert, sondern bedeutet auch den Zugriff auf zwanzig bis dreißig Millionen Euro jährlich für Infrastrukturkosten und Sitzungsgelder, sowie Möglichkeiten zur Erstattung von Reisekosten.

Bernard Schmid, Paris ■

Aktuelles vom Front National:

Selbst geschaffene „Unsicherheit“; Prozess gegen parteieigene Provokateure • Abschaffung der bislang von durch Jean-Marie Le Pen bekleideten „Ehrenpräsidentschaft“

Hilf Dir selbst, dann ist Dir am besten geholfen. Dies sagten sich offensichtlich sechs junge Aktivisten des französischen Front National (FN) im Alter zwischen 19 und 26 Jahren. Um die allgegenwärtige „Unsicherheit“ zu belegen, zündeten sie in zwei Départements im Pariser Umland, den Bezirken Seine-et-Marne und Val-d’Oise, mindestens zwanzig Autos einfach gleich selbst an. Kurz darauf twitterte einer von ihnen, der 25jährige Adrien Desport, am 11. April dieses Jahres drauf los, das „Unsicherheitsgefühl“ in der Nachbarschaft werde angesichts „ständig steigender Kriminalität“ nun unerträglich.

Ihre aktive Selbsthilfe ging nun sogar der Parteiführung zu weit. Denn wie verlautbarte, war es ein Mitglied der Leitung, das auf Anraten von Parteichefin Marine Le Pen, das die Sache zur Anzeige brachte – wohl, um einem Auffliegen des Skandals zuvorzukommen. Diese Strafanzeige führte zur Eröffnung eines Verfahrens, am Dienstag und Mittwoch, den 9. und 10. Juni d. J. wurden die Beteiligten in Polizeigewahrsam genommen und verhört. Am 15. Juli 2015 wird ein Prozess gegen sie stattfinden.

Adrien Desport, ehemals stellvertretender Bezirksvorsitzender der rechtsextremen Partei, muss die Zeit bis dahin in Untersuchungshaft verbringen. Desport hatte bereits im vergangenen Jahr als damaliger Kommunalwahl-Spitzenkandidat für Schlagzeilen gesorgt. Da die Leitmedien ein kurzes Gedächtnis haben, erinnerte keine überregionale Zeitung daran, doch die Wahlbewerbung von Desport in Mitry-Mory – in der Nähe des Pariser Großflughafens von Roissy – zur Rathauswahl im März 2014 war skandalumwittert. Desport hatte den früheren Chef der konservativen Partei UMP – seit kurzem in Les Républicains umbenannt -, den in der Nähe wohnenden Jean-François Copé, offen wegen seiner jüdischen Herkunft angegriffen. Sein Großvater hape „Kopelewitsch“ geheißen, verbreitete Desport damals über die sozialen Medien, und „in dem Haus dieser Familie isst man kein Schweinefleisch“.

Marine Le Pen kann solche Affären nicht sonderlich gut gebrauchen, denn sie →

Aktivisten blockieren Abschiebung

In Sachsen-Anhalt ist zum vierten Mal innerhalb von zwei Wochen eine Abschiebung durch eine Blockade gestoppt worden. 60 Menschenrechtsaktivisten haben die in der Landeshauptstadt Magdeburg geplante Rückführung eines Afrikaners nach Italien in der Nacht zu Dienstag verhindert, teilte die Initiative Refugees Welcome (Flüchtlinge willkommen) mit. Sie hätten den Eingang der Asylunterkunft besetzt und den Mann aus Eritrea anschließend vor einem weiteren Zugriff „in Sicherheit" gebracht.

Inzwischen müssen die Blockierer erstmals mit einer Strafanzeige rechnen. Die Sache werde juristisch geprüft, sagte ein Sprecher der Stadtverwaltung. Sollte sich herausstellen, dass es sich tatsächlich um einen Straftatbestand wie Hausfriedensbruch handele, werde Anzeige erstattet. Bereits nach der ersten Blockade Ende Mai hatte Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD) in einem Radiointerview den Protestteilnehmern rechtliche Konsequenzen angedroht.

Bereits in der Nacht zum 27. Mai hatte Refugees Welcome mit einer Blockade vor derselben Unterkunft die Abschiebung eines ebenfalls aus Eritrea kommenden Mannes verhindert. In den folgenden Tagen wurde in Calbe bei Bernburg zweimal die geplante Abschiebung einer Familie aus Albanien blockiert. Im jüngsten Fall in Magdeburg sollte der Afrikaner Refugees Welcome zufolge wegen der Dublin-Verordnung nach Italien geflogen werden. Der Mann werde aber derzeit schmerztherapeutisch behandelt, betonte die Initiative. In Italien drohe ihm ein Leben in Obdachlosigkeit ohne medizinische Versorgung. Die Blockade einer Abschiebung sei als Mittel des zivilen Ungehorsams legitim, um Menschen vor einem Leben auf der Straße oder gar vor dem Tod zu bewahren, sagte eine Vertreterin der Initiative.

Nach der Dublin-Regelung müssen Asylbewerber ohne Prüfung ihrer Fluchtgründe in das Land der Europäischen Union zurückgeschickt werden, in das sie zuerst eingereist sind.

epd/mig) Quelle: http://www.migazin.de 11.06.2015 ■

Tarmstedter verhindern Abschiebung nach Italien

Rund 80 Frauen und Männer haben in der Nacht zu Dienstag die Abschiebung des Sudanesen Ayub A. vorläufig verhindert. Die Abschiebung sollte also aufgrund der Dublin Verordnung durchgeführt werden, aber eine große Zahl junger und älterer Bürger machte die Eingänge zum Grundstück dicht, und so musste die Polizei wieder abziehen. Das Ausländeramt in Rotenburg war natürlich not amused. In einem Gespräch mit Vertreter_innen der örtlichen Flüchtlingsinitiative und dem zuständigen Menschen in der Behörde wurde den Verwaltungsvertretern deutlich gemacht, dass die vielen ehrenamtlichen Helfer vor Ort nicht gewillt sind zuzusehen, wie die mittlerweile sehr gut integrierten Flüchtlinge nach Italien abgeschoben werden.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 12.06.2015 ■

Engagement gegen Abschiebungen aus Karlsruhe wächst weiter

Trotzdem wieder 98 Menschen (davon 32 Kinder) in den Kosovo abgeschoben

In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni versuchten erneut ca. 60 KarlsruherInnen zu verhindern, dass Menschen in den Kosovo abgeschoben werden. Ihre Sitzblockade wurde aber sowohl an der LEA, als auch am Baden-Airpark durch einen teils brutalen Polizeieinsatz aufgelöst. Die Polizei hatte nach Auskunft der DemonstrantInnen die klare Anweisung des Regierungspräsidiums Karlsruhe (RP) erhalten, die Abschiebung durchzuführen.

Ein Drittel der abgeschobenen Menschen waren wieder Kinder und der Großteil von ihnen in den Gebäuden der LEA Karlsruhe untergebracht. „Es darf doch nicht sein, dass Menschen – unter ihnen Familien mit Kindern – nachts aus den Betten geholt werden und ohne Ankündigung wieder in die Verhältnisse abgeschoben werden, derer sie sich nur mit aller Kraft entziehen konnten." so ein Teilnehmer der Demonstration in Heidelberg, wo erneut ebenfalls Proteste stattfanden.

Erneut hielt sich das Regierungspräsidium bei der Terminierung nicht an die Abschieberichtlinien des Landes Baden-Württemberg, nachdem möglichst niemand vor 4.00 Uhr morgens zur Abschiebung abzuholen ist. Der Bus zum Baden-Airpark erreicht die LEA Karlsruhe zwischen 2:30 und 3:00 Uhr

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 03.06.2015 ■

---

will zu Höherem hinaus. Wer nach der Staatsmacht greift oder an ihr teilhaben möchte, muss auch auf internationalem Parkett ein Minimum an „staatsmännischen" oder „-fraulichen" Kompetenzen an den Tag legen. Denn ohne eine Strategie auch für die zwischenstaatlichen Beziehungen kann der politische Machtanspruch nicht „glaubwürdig" vorgetragen werden. Gerade auf internationaler Ebene konnte der FN in den letzten Tagen und Wochen einige Fortschritte verzeichnen; vgl. dazu vorige Ausgabe der AN sowie nebenstehenden Artikel zur Bildung einer neuen Fraktion im Europaparlament.

Ausländische Kontakte hält jedoch auch der in Ungnade gefallene Altfaschist und -patriarch der Partei, Jean-Marie Le Pen. Jedenfalls zu ausländischen Bankiers, ganz offenkundig (während seine Ehefrau Jany Le Pen, zusammen mit dem rechtsextrem-katholischen ‚Institut Civitas', am Samstag, den 20.06.15 „für den Schutz der orientalischen Christen" in Syrien und im Irak demonstrierte[1]). Am Montag, den 08. Juni d.J. wurde gegen ihn ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung eröffnet. Gegenstand sind die im Frühjahr 2013 bekannt gewordenen Geheimkonten in der Schweiz, auf denen er 2,2 Millionen Euro eingelagert haben soll, darunter 1,7 Millionen in Goldbarren und -münzen. Le Pen senior hat die Existenz dieser Konten eingeräumt, bestreitet aber jegliche Straftat in diesem Zusammenhang.

Nicht deswegen, sondern aufgrund der innerparteilichen Konflikte seit April dieses Jahres (wir berichteten mehrfach in AN) waren ihm am 4. Mai 2015 die Mitgliedsrechte entzogen worden. Dagegen hat Jean-Marie Le Pen nun gerichtlich geklagt. Die Verhandlung fand am Freitag, den 12. Juni d.J/ in Nanterre statt, wo es bei Eintreffen des Altfaschisten zu kurzzeitigen gewalttätigen Auseinandersetzungen auf dem Gerichtsflur kam. Jean-Marie Le Pen spielte bei seinen Stellungnahmen zu dem Verfahren einmal mehr unverhohlen auf die Homosexualität einiger seiner innerparteilichen Widersacher, namentlich Florian Philippots, ab. Das Urteil dazu fällt am 02. Juli dieses Jahres.

Unterdessen hat die Parteiführung am Abend desselben Tages (Freitag, den 12. Juni) bereits neue Fakten geschaffen. Das Amt des „Ehrenvorsitzenden", das Jean-Marie Le Pen seit seinem Abgang von der Parteispitze 2011 bekleidete – und ihm aus eigener Sicht auf Lebenszeit zustand -, wurde kurzerhand abgeschafft und aus den Statuten gestrichen. Die Zeit von Jean-Marie Le Pen, der am vorigen Samstag (den 20. Juni 2015) nunmehr 87 Jahre alt wurde, scheint jedenfalls in seiner Partei unwiderruflich ihrem Ende entgegen zu gehen.

Bernard Schmid, Paris ■

[1] Dazu kamen rund 250 Personen in Paris zusammen, die Kundgebung war der Nachrichtenagentur AFP jedoch eine eigene Meldung wert (vgl. u.a. http://actu.orange.fr/france/paris-manifestation-en-soutien-aux-chretiens-d-orient-afp-s_CNT000000bdl3S.html) Kritikwürdig ist dabei mitnichten das Anliegen – ja, die christlichen Minderheiten im Mittleren Osten benötigen Schutz vor den Jihadisten des so genannten ‚Islamischen Staats((IS) – sondern die politische Vision, für welche die rechtsextremen Kreuzzügler und katholischen Fundamentalisten diese an und für sich richtige Sache instrumentalisieren möchten.

Flüchtlingsinhaftierungsprogramm noch vor der Sommerpause

„Offenbar will die Koalition den Gesetzentwurf zur Asylrechtsverschärfung in einer Hauruckaktion noch in dieser Woche im Bundestag durchwinken. Das Gesetz ist eine regelrechte Inhaftierungsvorlage für Flüchtlinge und hat mit menschenrechtsorientierter Flüchtlingspolitik nicht das Geringste zu tun“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung, der voraussichtlich noch in dieser Woche im Bundestag auf der Tagesordnung stehen wird. Jelpke weiter:

„Die geplanten Verschärfungen betreffen vor allem die Ausweitung der Abschiebungshaft und die Verhängung von Einreise- sowie Aufenthaltsverboten. Typische und der Not geschuldete Verhaltensweisen von Flüchtlingen werden kriminalisiert, um die Inhaftierung und letztlich die Abschiebung Schutzsuchender zu ermöglichen. Der Gesetzentwurf schürt zudem Vorurteile gegen Flüchtlinge aus dem Westbalkan und stellt diese unter den Generalverdacht des Asylmissbrauchs. Nicht umfassende Integration steht im Zentrum des Gesetzentwurfes, sondern Abschreckung und eine diskriminierende Ungleichbehandlung von Flüchtlingen.

DIE LINKE tritt ein für eine offene Politik und umfassende Hilfen für Flüchtlinge. Wer vermeintlich ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Flüchtlinge gegeneinander ausspielen will, verstärkt insgesamt ablehnende Einstellungen und Rassismus in der Gesellschaft. Asyl ein ist Menschenrecht.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Kirchenasyl für zwei Männer aus Mülheim

Baden-Württemberg: Beide waren auch dank der Hilfe des Mülheimer Helferkreises schon nach kurzer Zeit gut integriert. Nun aber sollten sie wegen der Dublin-Verordnung nach Italien zurückgeschoben werden. Nachdem alle anderen Möglichkeiten (unter anderem der Einsatz der Bürgermeisterin) keine Lösung mit sich brachten, blieb das Kirchenasyl als letzter Ausweg dass die neuen Freunde nicht in die fast sichere Obdachlosigkeit abgeschoben werden. Da die anthroposophische Gemeinde die außergewöhnliche humanitäre Härte und gute Integration erkannte, gewährte sie beiden Menschen vorübergehend Obdach. Neben der Gemeinde unterstützen auch SchülerInnen der angrenzenden Schule und BürgerInnen aus Müllheim die beiden Männer.

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 17.06.2015 ■

Dortmunder Flüchtlinge planen Hungerstreik

Rund 100 syrische Flüchtlinge demonstrieren seit dem 9.6.2015 vor der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Dortmund, um auf ihre Verzweiflung aufmerksam zu machen. Die Syrerinnen fordern, dass ihre Asylanträge zügig geprüft werden und ihre Familien, die sich noch in den Kriegsgebieten aufhalten, ebenfalls nach Deutschland einreisen können. Einige der Flüchtlinge kündigten an, in einen Hungerstreik zu treten, sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Zahlreiche Dortmunderinnen haben sich mittlerweile mit den Protesten solidarisiert und versorgen die Demonstrantinnen mit Lebensmitteln und Decken.

Quelle: Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen 17.06.2015 ■

Kölner Flüchtlingsrat kritisiert „Balkanverfaren“

In einer Stellungnahme vom 27.05.2015 hat der Kölner Flüchtlingsrat die diskriminierende Sonderbehandlung von Asylsuchenden aus den Balkanstaaten kritisiert. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte zuvor angekündigt, dass Asylbewerberinnen aus diesen Ländern grundsätzlich bis zu ihrer „absehbaren Abschiebung“ in den Zentrlen Unterbringungseinrichtungen verbleiben sollen. Dadurch sollten die Kommunen entlastet werden. Nach Angaben des Kölner Flüchtlingsrats würden die individuellen Fluchtgründe von Antragstellerinnen aus dem Westbalkan bereits jetzt im Asylverfahren nur unzureichend berücksichtigt.

Wenn die Entscheidung über einen Asylantrag bereits im Vorfeld feststehe, könne von einem rechtstaatlichen Verfahren kaum noch die Rede sein. Der Kölner Flüchtlingsrat fordert daher, faire und qualitativ hochwertige Einzelfallprüfungen auch und gerade für Asylsuchende aus den westlichen Balkanstaaten sicherzustellen.

Quelle: Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen 17.06.2015 ■

„Der rot-grüne Knast muss weg!“

Etwa 250 überwiegend junge Menschen haben am gestrigen Samstag, den 30.05.2015 in Büren friedlich, aber kraftvoll gegen das dortige Abschiebegefängnis demonstriert. Seit dem 18. Mai werden in der JVA Büren wieder Flüchtlinge und Migrant_innen inhaftiert, um sie abzuschieben.

Der Protest richtete sich ganz allgemein gegen die Migrationspolitik Deutschlands und der EU, die zu Tod und Elend führt. In mehreren Redebeiträgen wurde gefordert, die Grenzen zu öffnen, anstatt sie militärisch zu verteidigen und damit den Tod Tausender Menschen zu verantworten.

Die Teilnehmer_innen zogen zunächst mit Luftballons und Transparenten durch die Bürener Innenstadt. Sie forderten lautstark rufend und mit Unterstützung eines Lautsprecherwagens ein Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen. „Die rot-grüne Landesregierung könnte sich der Bundesratinitiative Schleswig-Holsteins zur Abschaffung von Abschiebehaft anschließen!“, forderte Luca Azzellini, ein Sprecher des aufrufenden Demo-Bündnisses. „Statt dessen wurde die JVA Büren schnell wieder in Betrieb genommen.“ Alleine in der letzten Woche sind die Häftlingszahlen um mehr als das Doppelte gestiegen.

Anschließend fuhren die Teilnehmer_innen vor die außerhalb gelegene JVA. In verschiedenen Sprachen wurden Grußworte an die einsitzenden Häftlinge verlesen, um ihnen Mut zu machen. In mehreren Redebeiträgen wurde zur praktischen Solidarität mit Geflüchteten aufgerufen, um das rassistische Migrationsregime zu unterlaufen. Gegen 17.00 Uhr war die Veranstaltung beendet.

Quelle: http://ausbrechen.antira.info 03.06.2015 ■

Zahl der Asylanträge erneut gesunken

Im Mai wurden knapp 26 000 Asylanträge gestellt. Damit ist die Zahl der Eingänge in Folge gesunken. In den ersten fünf Monaten des Jahres haben rund 142 000 Personen Asyl in Deutschland beantragt.

Im Mai ist die Zahl der Asylanträge erneut gesunken. Nach der am Dienstag vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Statistik gingen insgesamt 25 992 Asylanträge ein, darunter waren 23 758 Erstanträge. Im April lag die Zahl der Eingänge bei 27 178 Anträgen.

Die meisten Asylanträge wurden im Mai von Syrern gestellt (5100). An zweiter Stelle folgten Anträge von Anwärtern aus Albanien (4922). Von Serben wurden 1990 Anträge gestellt. Insgesamt wurden den Angaben zufolge 10 732 Anträge von Staatsangehörigen der Westbalkanstaaten eingereicht. Dies entspricht rund 41 Prozent aller in Deutschland gestellten Asylanträge.

Hauptherkunftsländer: Kosovo, Syrien, Albanien

In den ersten fünf Monaten des Jahres haben insgesamt 141 905 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Die Zahl der Erstanträge lag bei 125 972 und stieg damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 129,2 Prozent. Hauptherkunftsländer waren Kosovo, Syrien und Albanien. Die Zahl der Asylfolgeanträge (15 933) stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um

108,4 Prozent. Hauptherkunftsländer waren dabei Serbien, Kosovo und Mazedonien.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entschied im Mai über Anträge von 16 784 Personen. 5687 Antragsteller wurden als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention anerkannt. Bei 131 Personen sprach die Behörde ein Abschiebungsverbot aus. Rund 6350 Anträge wurden abgelehnt.

(epd/mig) Quelle: http://www.migazin.de 10.06.2015 ■

Bundesamt schiebt ungebremst Iraker und Syrer ab

Eine ungebremste Rückführung syrischer und irakischer Kriegsflüchtlinge kritisiert die Evangelische Landeskirche in Bayern. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schiebe ungeachtet etwaiger Härtefälle ab.

Der Kirchenasyl-Koordinator der evangelischen Landeskirche in Bayern, Stephan Reichel, kritisiert eine „ungebremste Rückführung syrischer und irakischer Kriegsflüchtlinge“ in problematische Länder wie Bulgarien oder Ungarn. Obwohl sich die christlichen Kirchen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Februar darauf geeinigt hatten, dass die Behörde humanitäre Härtefälle selbst identifizieren und prüfen wolle, würden Kriegsflüchtlinge aus den genannten beiden Ländern im Rahmen des Dublin-Verfahrens in andere EU-Staaten gebracht, sagte Reichel dem Evangelischen Pressedienst.

Auch hätten die Kirchenvertreter „begründete Zweifel“ dass manche der traumatisierten oder kranken Flüchtlinge überhaupt reisefähig sind und in Ländern wie Bulgarien und Ungarn adäquat behandelt werden können. Reichel setzt jedoch „große Hoffnungen in das neue kirchliche Clearingverfahren“, dass die Kirchen mit dem Bundesamt vereinbart hätten und das vielversprechend und in guter Kooperation angelaufen sei. In dessen Rahmen sollen die Kirchen „vor oder im Kirchenasyl“ dem Amt Härtefälle vorlegen können, um sie erneut prüfen zu lassen. Das neue Verfahren sei auf den Einzelfall bezogen, könne aber helfen, Rückführungen von Syrern oder Irakern in problematische Länder zu überdenken.

Das Bundesamt bestätigt eine verstärkte Rückführung syrischer oder irakischer Kriegsflüchtlinge nicht. Das Bundesamt sei bei Rückführungen nach Ungarn, Italien und Bulgarien derzeit „vorsichtig“, sagte ein Behördensprecher. Einen allgemeinen Abschiebestopp gebe es allerdings nicht.

(epd/mig) Quelle: http://www.migazin.de 18.06.2015 ■

Folter im Dienst: Aussage gegen Beamten der Bundespolizei

Die Misshandlungsvorwürfe gegen die Bundespolizei in Hannover erhärten sich. Der gefolterte 19-jährige Marrokaner hat inzwischen ausgesagt. Die Polizei habe ihn gefoltert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt.

Die Vorwürfe gegen Beamte der Bundespolizei in Hannover wegen mutmaßlicher Misshandlungen von Flüchtlingen scheinen sich zu erhärten. Die Ermittler haben inzwischen den 19-jährigen Marokkaner ausfindig gemacht, der von dem Polizisten gedemütigt und gefoltert worden sein soll, wie Staatsanwalt Thomas Klinge am Montag dem epd sagte: „In der Vernehmung hat er bestätigt, dass es in den Arrestzellen zu Misshandlungen zu seinem Nachteil gekommen sei.“ Die Ermittler hätten den Mann im nördlichen Niedersachsen erreicht.

Anfang Mai hatten zwei Polizisten bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen einen Kollegen erstattet. Er soll im vergangenen Jahr auf einer Polizeiwache am Hauptbahnhof den Marokkaner und einen ebenfalls 19-jährigen Afghanen misshandelt haben.

Der Afghane soll nach Recherchen des NDR geschlagen, gewürgt und an den Füßen gefesselt durch die Wache geschleift worden sein. Der Marokkaner soll in unnatürlicher Haltung mit Handschellen gefesselt auf dem Boden gelegen und vor Schmerz geschrien haben. Zudem sei er gezwungen worden, verdorbenes Schweinefleisch vom Boden zu essen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt.

Klinge wollte zu Details der Vernehmung keine Auskunft geben, da zunächst die Verteidiger dazu Stellung nehmen sollten. Die Staatsanwaltschaft will jetzt nach Möglichkeit weitere Geschädigte sowie Kollegen des beschuldigten Beamten befragen. Nach Medienberichten war bei der Bundespolizeidirektion Hannover schon seit Monaten bekannt, dass sich in einer Dienstgruppe der Bahnhofswache verdächtige Vorfälle häuften. Die Bundespolizei kündigte unterdessen an, eine „Sonderbeschwerdestelle“ einzurichten.

(epd/mig) Quelle: http://www.migazin.de 17.06.2015 ■

Rassismus bei der Bundespolizei

Nach rassistischen Äußerungen mehr Kontrolle der Polizei gefordert

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen und der Bund Deutscher Kriminalbeamter haben Konsequenzen aus den jetzt aufgetauchten und als rassistisch eingestuften Facebook-Einträgen von Bundespolizisten gefordert.

„Durch diese neuen Fälle von Rassismus bei der Polizei fühlen wir uns in unserer Einschätzung bestätigt, dass die Einzeltätertheorie den Skandal verharmlost“, sagte der Geschäftsführer des Flüchtlingsrats, Kai Weber, am Donnerstag dem Evangelischen Pressedienst (epd): „Wir brauchen eine andere und grundsätzliche Form der Überprüfung der Polizei.“

Der Landesvorsitzende des Bundes der Kriminalbeamten, Ulf Küch, verurteilte die Facebook-Einträge ebenfalls: „Solche Pöbeleien und fremdenfeindlichen Parolen gehen gar nicht“, sagte er der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse“ (Donnerstagsausgabe). „Polizisten haben einen Eid auf die Verfassung abgelegt. Sie haben die Pflicht, die Würde jedes Menschen zu achten.“ Gegen die betreffenden Beamten müsse zumindest ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden.

Der NDR hatte am Mittwoch Facebook-Einträge von vier Bundespolizisten veröffentlicht, die sich abfällig über Ausländer geäußert hatten. Darin war von einem „kriminellen Migrationsmob“ die Rede. Eine Gerichtsentscheidung über die Teilnahme am Schwimmunterricht in einem Ganzkörperbadeanzug wurde mit dem Worten kommentiert: „Soll sie doch in Istanbul schwimmen gehen!“

Oberstaatsanwalt Thomas Klinge aus Hannover sagte dem epd, seine Behörde habe geprüft, ob die Äußerungen strafrechtlich relevant seien. Sie habe dafür aber keine Anhaltspunkte gefunden: „Es handelt sich weder um Volksverhetzung noch um Beleidigung.“

Bereits seit Mitte Mai ermittelt die Staatsanwaltschaft Hannover gegen einen Beamten derselben Dienststelle am Hauptbahnhof wegen Misshandlungen von zwei jungen Männern aus Marokko und Afghanistan. In dieser Sache seien bisher mehrere Zeugen befragt worden, sagte Klinge. Die beiden mutmaßlichen Opfer seien aber an ihrem Wohnort bisher nicht angetroffen worden.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 05.06.2015 ■

Evangelischen Kirchentag

Kirchenasyl: Kein Gesetz, aber Recht

Beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 3. bis 7. Juni 2015 in Stuttgart stattfand, diskutierten Bundesinnenminister Thomas de Maizière, die Vorsitzende der BAG Asyl in der Kirche Dietlind Jochims und vier weitere Podiumsteilnehmer_innen über die Praxis des Kirchenasyls. Unter dem Titel „Letzte Zuflucht Kirchenasyl?“ bot das Podium Raum für eine kontroverse Debatte um europäische Flüchtlingspolitik, Menschenrechte und die Kirche als Schutzraum.

Alle Podiumsteilnehmer_innen waren sich einig, dass es in Europa zu Men-

schenrechtsverletzungen kommt. Auch Thomas de Mazière formulierte: „Das Dublin-System funktioniert so nicht mehr. […] Deswegen geht es jetzt um Alternativen dazu.“ Die entscheidende Frage bleibe jedoch, so Dietlind Jochims: „Was machen wir denn mit den Menschen, so lange das System ist wie es ist?“ Infolge der so genannten Dublin-Verordnung werden Geflüchtete in Europa gefoltert, inhaftiert, bleiben ohne Nahrung, Unterkunft und medizinische Versorgung. Dazu fasste Katrin Göring-Eckart zusammen: „Wir können das nicht mal eben auf dem Rücken der Menschen austragen.“

Bei der Podiumsdiskussion wurde immer wieder die Bedeutung des Kirchenasyls im Kontext europäischer und bundesdeutscher Asylpolitik herausgestellt. Die Diskussion über Kirchenasyl hat in der Vergangenheit immer wieder zu systemischen Verbesserungen geführt, beispielsweise zur Einrichtung von Härtefallkommissionen.

Auch in der aktuellen politischen Debatte verweisen wir als Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche auf die Notwendigkeit, Geflüchteten zur Gewährung ihrer Rechte zu verhelfen: In einem Europa, das seine Grenzen militärisch absichert und Menschen hin- und herschiebt, ist es wichtiger denn je, dass Christinnen und Christen sich an die Seite von Geflüchteten stellen und so für den Schutz von Menschenleben und Menschenrechten eintreten.

Dietlind Jochims Vorsitzende der Ökumenischen BAG Asyl in der Kirche e.V.
Stuttgart, 5. Juni 2015
Quelle: Presseerklärung der Ökumenischen BAG Asyl in der Kirche auf dem Kirchentag 10.06.2015 ■

Balkan-Flüchtlinge: Bayern inszeniert den Notstand

Passgenau vor der Ministerpräsidentenkonferenz werden Zelte in der Erstaufnahmeeinrichtung in Deggendorf für Balkan-Flüchtlinge aufgebaut

Die Deggendorfer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) ist erst seit 2. Januar 2015 in Betrieb und für die Durchführung der Asylverfahren von Balkan-Flüchtlingen zuständig. Bislang konnten alle Flüchtlinge in der EAE direkt oder in zugehörigen Dependancen untergebracht werden – selbst bei den hohen Zugangszahlen von Flüchtlingen aus dem Kosovo zu Jahresbeginn ist dies gelungen. Inzwischen sind die Zahlen insbesondere der Flüchtlinge aus dem Kosovo deutlich zurückgegangen, die Unterbringungssituation hat sich also entspannt.

Dennoch hat, nach Angaben der Regierung von Niederbayern, gestern das Bayerische Rote Kreuz in der EAE in Deggendorf zwei Zelte für insgesamt 40 Flüchtlinge aufgebaut. Die Zelte dienen als Notunterkunft, in der Regel sollen die Flüchtlinge angeblich nur für eine Nacht dort bleiben.

Morgen sollen bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin die Planungen von Bund und Ländern für eine Neuausrichtung der Asylpolitik beschlossen werden. Auf der Tagesordnung steht dort auch, dass Balkan-Flüchtlinge, unter ihnen viele Roma, in Sonderlagern im Schnellverfahren abgefertigt und umgehend wieder abgeschoben werden sollen. Bayern will zudem weitere repressive Maßnahmen wie Arbeitsverbote und Sozialleistungskürzungen gegen diese Flüchtlinge durchsetzen.

„Bisher kam die Erstaufnahmeeinrichtung Deggendorf bei deutlich höheren Zugangszahlen ohne Zelte aus. Die Regierung von Niederbayern inszeniert nun passgenau den Notstand in der Deggendorfer Erstaufnahmeeinrichtung, um bebildern zu können, wie sehr Bayern angeblich von den Balkan-Flüchtlingen überfordert wird. Uns drängt sich Eindruck auf, dass Bayern damit Druck auf die Verhandlungen ausüben will, die morgen in Berlin geführt werden“, kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Bayern scheint ohne Wenn und Aber seine repressive Politik gegen Balkan-Flüchtlinge durchsetzen zu wollen. Dabei sind der Staatsregierung anscheinend alle Mittel recht!“

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 17.06.2015 ■

Krieg gg Schleuser verschärft Notlage der Flüchtlinge

„Ein Militäreinsatz gegen Schleuser im Mittelmeer wird keine Menschenleben retten, sondern die Notlage der Flüchtlinge weiter verschärfen. Flüchtlinge werden so gezwungen, auf noch kleinere Boote und noch gefährlichere Fluchtrouten auszuweichen, während die Preise für die Fluchthilfe weiter in die Höhe getrieben werden“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zum formellen Beschluss der EU-Außenminister, mit der Aufklärungsphase des geplanten Einsatzes zur Zerstörung von Schleuserbooten zu beginnen. Jelpke weiter: „Nachdem die EU-Fangflotte durch das Leerfischen afrikanischer Küstengewässer unzähligen Menschen die Existenzgrundlage entzogen hat, sollen jetzt noch die Fischerboote als angebliche Schleuserboote zerstört werden. Anstatt Fluchtursachen wie Krieg und Armut zu bekämpfen, zwingt die EU die Menschen dazu, ihr Glück in einer immer riskanteren Flucht nach Europa zu suchen. Eine solche Politik ist zynisch und menschenverachtend.

DIE LINKE bleibt dabei: Anstelle von Kanonenbooten sollte die EU Fähren nach Nordafrika schicken, um Flüchtlingen eine sichere und legale Überfahrt zur Prüfung ihres Asylbegehrens zu bieten. So ließe sich den Schleusernetzwerken die Geschäftsgrundlage entziehen „

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE. ■

Von Abschottung zu Integration?

Abbau der Diskriminierung von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt – der DGB setzt sich ein

Lange Zeit war der Arbeitsmarkt für Asylsuchende und Geduldete abgeriegelt, jetzt reift scheinbar die Erkenntnis, dass es grundsätzlich sinnvoll sei, Flüchtlinge stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Gewerkschaften und der Kumpelverein setzen sich seit Langem für eine Gleichbehandlung von Flüchtlingen ein. Auch die Bundespolitik hat nun reagiert und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, um den Zugang zu Arbeit zu erleichtern.

Bisher war Asylbewerbern aufgrund eines fehlenden Aufenthaltstitels die Arbeit in den ersten neun Monaten untersagt. Diese Frist wurde ab dem 1. Januar 2015 durch eine Reform des Asylverfahrensgesetzes auf drei Monate reduziert. Der neuen Gesetzgebung zufolge gilt diese Frist auch für Geduldete. Auch das „Vorrangprinzip“, das Deutsche, EU-Bürger und gewisse Drittstaaten bei der Arbeitssuche bevorzugt, wurde teilweise gelockert. Bei genauerer Betrachtung jedoch zeigt sich, dass die Gesetze, die eine Erleichterung für die Flüchtlinge darstellen sollen, von einzelnen Bundesländern und den Ausländerbehörden teilweise durch pauschale Verweigerung der Arbeitserlaubnis konterkariert werden.

Diese Diskrepanz, sowie die Frage, welche Maßnahmen für eine sozialverträgliche Integration zielführend seien, waren auch Inhalt der gemeinsamen Tagung des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung und des DGB-Bundesvorstandes am 3. Juni mit dem Titel: „Von der Abschottungs- zur Integrationsperspektive: Arbeitsmarktintegration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern“. Über 200 interessierte Gäste wohnten den Vorträgen, sowie der anschließenden Podiumsdiskussion bei. Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, stellte heraus, dass keine generellen Arbeitsverbote für Flüchtlinge aus bestimmten Herkunftsländern verhängt werden dürften. Betroffen sind davon oftmals Menschen aus Westbalkan-Staaten. Es gebe aber noch weitere Schwierigkeiten: „Nicht nur rechtliche Hürden sind es, die eine die Arbeitsmarkteingliederung und eine qualifizierte und gut entlohnte Beschäftigung behindern. Zu nennen sind fehlende Sprachkenntnisse genauso wie Hindernisse bei der Anerkennung beruflicher Qualifikationen und Kompetenzen. Immer noch vorhanden sind Vorbehalte und Vor-

urteile in Betrieben und Unternehmen und ein Mangel an interkultureller Öffnung“, bemängelt Buntenbach.

Zur Arbeitsmarktsituation von Flüchtlingen informiert der DGB auch in der Broschüre „Flucht. Asyl. Menschenwürde. DGB-Handreichung“. Die politischen Hintergründe der Flucht, sowie die aktuellen Zahlen und Fakten zum Thema „Asyl“ werden aufbereitet, um die betrieblichen und gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten beim Engagement gegen rassistische Vorurteile zu stärken.

Quelle: http://www.gelbehand.de 16.06.2015 ■

Flüchtlingskrise – Europa lässt Griechenland im Stich

PRO ASYL fordert humanitäre Hilfe vor Ort und legale Weiterreise der Schutzsuchenden Die Situation der Flüchtlinge in Griechenland spitzt sich dramatisch zu. Europa sieht tatenlos zu, wie sich die humanitäre Krise zu einer Katastrophe entwickelt. Die Situation auf den ägäischen Inseln ist außer Kontrolle. Doch anstatt Verantwortung zu übernehmen und mit allen verfügbaren Mitteln das Leid der Schutzsuchenden zu beenden, streiten sich die EU- Innenminister bei ihrem heute in Luxemburg stattfindenden Treffen über völlig unzureichende Flüchtlingsquoten.

Bereits 102 000 Bootsflüchtlinge sind in den ersten fünf Monaten des Jahres in Griechenland (48 000)und Italien (52 000) angekommen. Die Route über die Ägäis nach Griechenland entwickelt sich derzeit zum Hauptfluchtweg nach Europa. Allein auf Lesbos steigt die Zahl der Ankünfte von Januar (737) bis Mai (7200) kontinuierlich an. Insgesamt sind auf Lesbos in diesem Jahr bereits über 20 000 Bootsflüchtlinge angekommen.

Den auf den griechischen Inseln angelandeten Schutzsuchenden fehlt es an allem: Tausende Flüchtlinge, darunter sehr viele Kinder, campieren unter freiem Himmel, ohne sanitäre Einrichtungen und medizinische Versorgung. Die Kommunen und zivilgesellschaftliche Gruppen auf den Inseln versuchen nach Kräften zu helfen, bleiben aber weitgehend auf sich allein gestellt. Auch auf dem Festland ist die Situation der Schutzsuchenden katastrophal. Am letzten Wochenende kamen über 2000 syrische Flüchtlinge aus Lesbos mit zwei Fähren im Hafen von Piräus an. Doch in Athen stehen sie erneut vor dem Nichts: Es gibt kein Aufnahme- und Schutzsystem. So setzt sich der Leidensweg der Schutzsuchenden fort.

Das krisengeschüttelte Griechenland wird ohne schnelle und umfangreiche humanitäre Hilfe vor Ort durch die anderen EU- Staaten und ohne die Eröffnung legale Weiterreisemöglichkeiten für die gestrandeten Flüchtlinge noch mehr destabilisiert, das Leben der Schutzsuchenden wird gefährdet. Die Staaten Europas verweigern den Flüchtlingen legale Weiterreisemöglichkeit zur ihren Verwandten und Communities. Die litauische EU-Ratspräsidentschaft hat bereits angekündigt, dass sich die EU- Innenminister heute nicht auf die von der Kommission vorgeschlagenen Notfall – bzw. Solidaritätsregelungen einigen werden.

Die Kommission schlägt vor, 40 000 eritreische und syrische Schutzsuchende aus Italien und Griechenland innerhalb der nächsten zwei Jahre auf die anderen EU-Mitgliedsstaaten zu verteilen. PRO ASYL lehnt eine Zwangsverteilung von Flüchtlingen ab. Zudem wird die von der Kommission avisierte Zahl von 40 000 Relocationplätzen (16 000 aus Griechenland und 24 000 aus Italien) der dramatischen Situation in den beiden EU- Außenstaaten in keiner Weise gerecht.

Anstatt wochenlang über Quoten zu streiten, bedarf es jetzt dringend einer entschlossenen und koordinierten Krisenintervention in Griechenland und Italien.

Alle verfügbaren EU- Nothilfefonds und Katastrophenschutzmaßnahmen (Unterkünfte, sanitäre Anlagen, medizinisches Personal und Verpflegung, Transportmittel wie Busse und zusätzliche Schiffe) müssen jetzt schnell aktiviert werden, um die akute humanitäre Krisen in Griechenland abzuwenden. Neben europäisch finanzierter Katastrophenhilfe vor Ort müssen die EU- Staaten im Zentrum und im Norden der EU Schutzsuchenden zügig die legale Ausreise aus Griechenland ermöglichen.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 16.06.2015 ■

Flüchtlinge in Griechenland; Quelle: Pro Asyl

Ausgrenzungs- und Isolationslager im Wald

Die Entscheidung des Landkreis Gifhorn, Flüchtlinge auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz in Ehra-Lessin unterzubringen, stößt auf scharfe Kritik des Flüchtlingsrats Niedersachsen. Während andere Städte und Landkreise in Niedersachsen sich um die Aufnahme von Flüchtlingen an Orten bemühen, die eine Integration und Teilhabe ermöglichen, setzt der Landkreis Gifhorn auf Isolation und Ausgrenzung. Nirgendwo sonst in Niedersachsen existiert ein vergleichbares „Dschungelcamp“ im Wald.

Dabei gäbe es Alternativen: Seit Jahren steht in Gifhorn z.B. das alte Krankenhaus (Helios-Klinik) leer, das nahe dem Stadtzentrum ist und einen schönen Park hat. Die neue Eigentümerin, Offizin Immobilienverwaltung AG aus Berlin, scheint auch jetzt nicht abgeneigt, das Gebäude für eine Flüchtlingsunterbringung bereit zu stellen. Statt dringend benötigten billigen Wohnraum (nicht nur für Flüchtlinge) zu schaffen, verfolgt die Stadt Gifhorn jedoch ein Konzept zur Ermöglichung von „Wohnen im Grünen“ in gehobener Wohnlage auf dem Gelände des Krankenhauses.

Verantwortlich für die Misere bei der Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Gifhorn ist u.a. die Entscheidung des Landkreis, im Rahmen einer zum 1.2.2014 in Kraft getretenen „Heranziehungssatzung“ die Gebietseinheiten zu verpflichten, geeigneten Wohnraum zu akquirieren. Um eine „gleichmäßige Verteilung“ der Flüchtlinge im Landkreis Gifhorn zu erreichen, wurde eine Quotenregelung eingeführt. Davon wurden die Stadt Gifhorn sowie die Samtgemeinde Meinersen aufgrund der zentralen Unterbringungsmöglichkeiten ausgenommen. Dies hat katastrophale Folgen:

Regelmäßig „appelliert“ der Landkreis an diejenige Gebietseinheiten, die ihre Quote noch nicht erfüllt haben. Die Kommunen, die ihre Quote erfüllt haben oder nicht herangezogen werden, fühlen sich nicht angesprochen, andere handeln nach dem Motto: „Wer sich zuerst bewegt, hat verloren“, und sind mit der Bereitstellung von Wohnraum für Asylsuchende äußerst zurückhaltend. Es gibt keine systematische Suche im Landkreis nach geeigneten Unterkünften, und wenn es Wohnungsangebote gibt, wird auf die Gebietskörperschaften verwiesen. In einer Zuschrift eines Vermieters an den Flüchtlingsrat heißt es: „Der LK Gifhorn sucht (angeblich, vorgeblich, augenscheinlich) händeringend nach Wohnraum für Flüchtlinge. Bei einem Angebot eines voll bewohnbaren Wohnhauses in Meinersen, OT Leiferde, (ohne daß jemals über Details gesprochen wurde, also können finanzielle Fragen und sonstige Details vollkommen ausgeschlossen werden) wird mitgeteilt, aufgrund ei-

ner Heranziehungssatzung sei es nicht möglich, auf das Angebot einzugehen."

Der Flüchtlingsrat ist sich darüber im Klaren, dass die Unterbringung von Flüchtlingen viele Landkreise und kreisfreien Städte derzeit vor große Herausforderungen stellt. Sofern eine dezentrale Unterbringung nicht mehr gewährleistet werden kann und eine zentrale Unterbringung in größeren Unterkünften unvermeidbar ist, muss gewährleistet sein, dass die Unterkünfte an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden sind, und dass die betroffenen Flüchtlinge Sprachkurse und Anpassungsqualifizierungen erhalten, in das öffentliche Leben einbezogen werden und die Möglichkeit haben, sich in einem überschaubaren Zeitraum eine eigene Existenz in den eigenen vier Wänden aufzubauen. Hierfür wäre es nötig, alle in Frage kommenden Unterkünfte systematisch auf ihre Eignung zu überprüfen, wie dies z.B. im Landkreis Harburg geschieht. Der Landkreis Gifhorn macht es sich zu einfach, wenn er stattdessen 220 Flüchtlinge in eine Kaserne im Wald abschiebt. Dass mit der Betreuung dann auch noch die private, auf Profit orientierte Dienstleistungsfirma „European Homecare" beauftragt wird, in deren Einrichtungen Flüchtlinge in der Vergangenheit durch Wachdienste misshandelt wurden, passt ins Bild.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 16.06.2015 ■

Großer Flüchtlingsgipfel plant Sonderlager für Balkan-Flüchtlinge?

Von der offenbar beim „Großen Flüchtlingsgipfel" von Bund und Ländern geplanten Maßnahme, die auf großangelegte ‚Ausreisezentren' für Flüchtlinge aus dem Westbalkan hinauslaufen, wären viele Roma und andere ethnische Minderheiten betroffen.

Bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 18.6.2015 in Berlin sollen die Planungen von Bund und Ländern für eine Neuausrichtung der Asylpolitik beschlossen werden. In den Beschlussentwürfen hat sich offenbar das Aschenputtel-Prinzip durchgesetzt: Die ‚guten' Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sollen ins ‚Töpfchen' und bereits im Asylverfahren Zugang zu Sprachkursen, Integrationsförderung und eine verbesserte medizinische Versorgung bekommen. Die ‚unnützen' – weil vermeintlich nicht produktiven – Flüchtlinge, die angeblich „tausendfachen Asylmissbrauch" begehen (Bayerns Innenminister Joachim Herrmann), kommen ins ‚Kröpfchen', sollen nach bekannt gewordenen Plänen in Sonderlagern untergebracht und von dort schnellstmöglich abgeschoben werden.

Laut Bundesinnenminister Thomas de Maizière sollen letztere „in andere Verfahren und Einrichtungen kommen". De Maizières Haus hat dafür den Vorschlag entwickelt, bundesweit zwei bis drei große Sonderlager mit 3000 – 5000 Plätzen einzurichten, in denen ausschließlich und alle Balkan-Flüchtlinge untergebracht werden. In diesen Sonderlagern sollen die Asylanträge durch MitarbeiterInnen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge innerhalb weniger Tage abgelehnt werden. Auch die Verwaltungsgerichte sollen dort Außenstellen einrichten und Klagen gegen die Ablehnungen zeitnah abweisen. Die sich anschließenden Abschiebungen soll die Bundespolizei durchführen. Ihre Verteilung auf die Bundesländer und dezentral in die Landkreise und kreisfreien Städte ist nicht mehr vorgesehen.

Wird Schleswig-Holstein diese Pläne unterstützen? „Das Land strebt grundsätzlich an, Asylbewerberm deren Asylanträge aus prognostischer Sicht offensichtlich unbegründet sind, nicht auf die kommunale Ebene zu verteilen", heißt es auch im Flüchtlingspakt vom 6. Mai 2015 und provoziert Besorgnisse, dass auch hierzulande das ‚Aschenputtel-Prinzip' in der Flüchtlingspolitik zur Anwendung kommen könnte.

Besonders gravierend ist bei den offenbar zwischen Bund und Ländern vorabgestimmten Plänen, dass dringende Schutzgründe bei Balkan-Flüchtlingen bestehen können, gerade wegen des hohen Anteils an Roma. Bei den für sicher erklärten Herkunftsländern Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien liegt er in den Monaten Januar bis März 2015 zwischen 57 und 92 %, bei Albanien und dem Kosovo zwischen 6 und 21 %). Roma sind die am meisten verfolgte Minderheit in ganz Europa. Obwohl ihre Diskriminierung auf dem Balkan ein Niveau erreicht hat, das ihre Anerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention aufgrund einer gruppenspezifischen Verfolgung erlauben würde, werden sie in Schnellverfahren abgefertigt und zur Ausreise gezwungen.

„Die wohl geplanten Sonderlager sollen augenscheinlich insbesondere Balkan-Flüchtlinge – zum großen Teil ethnische Minderheiten – abschrecken und ihre Abschiebung erleichtern", befürchtet Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, und ist sich dabei nicht allein mit dem Bundes Roma Verband einig.

Noch im September vergangenen Jahres hatte Ministerpräsident Albig den sogenannten Bund/Länder-Kompromiss zum inzwischen in Kraft getretenen Gesetz über Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als Sichere Herkunftsländer scharf kritisiert: Die Tinte, mit der dieser Kompromiss geschrieben worden sei, käme geradewegs aus dem Gefrierschrank. „Dieselbe Tinte ist den Akteuren des anstehenden Flüchtlingsgipfels offenbar jetzt einmal mehr in die Feder geraten." kritisiert Link. Der Flüchtlingsrat befindet das rechtspolitische Signal von Bund und Länder im 70. Jahr nach der Befreiung vom Faschismus – dem immerhin gut 500 000 Roma und Sinti zum Opfer gefallen sind – als geschichtsvergessene Tollheit.

gez. Martin Link
Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein 17.06.2015 ■

Ungesühnt, aber Unvergessen – Deutsche Verbrechen in Griechenland und die Frage der Reparationen

Am 29. Juni, ab 16 Uhr, wird die Fraktion DIE LINKE eine Konferenz zur Frage griechischer Reparationsforderungen und der Rückzahlung der Zwangsanleihe durchführen.
Daran nehmen verschiedene HistorikerInnen, JuristInnen, PolitikerInnen und außerparlamentarische AktivistInnen aus Griechenland und Deutschland teil.
Einladung und Programm:: http://linksfraktion.de/termine/unvergessen-ungesuehnt-deutsche-verbrechen-griechenland-frage-reparationen/ 29.06.2015 16:00 Uhr bis 20:30 Uhr
Pfefferberg, Schönhauser Allee 176 10119 Berlin

Ist die Reparationsfrage erledigt?
Dürfen Nazi-Opfer auch nach 70 Jahren noch Wiedergutmachung verlangen?
Darf Deutschland die Zwangsanleihe behalten?

Auch 70 Jahre nach Kriegsende verweigert Deutschland Griechenland Entschädigung für Kriegsverbrechen und die Ausplünderung des Landes unter deutscher Besatzung.

Dabei hat es, auch nach Eingeständnis der Bundesregierung, nie Reparationen gegeben für zerstörte Industrieanlagen und Infrastruktur, keine Wiedergutmachung für die Opfer der zahllosen Massaker, welche die Wehrmacht, SS und deutsche Polizeieinheiten verübt haben.

Auch die Rückzahlung einer Besatzungsanleihe, die Griechenland 1942 auferlegt wurde, wird von der Bundesrepublik weiterhin verweigert. Die Behauptung der Bundesregierung, die Reparationsfrage sei schon längst „erledigt", ist umstritten.

Eine einfache „Schlussstrich"-Erklärung kann nicht

DISS-Journal 29 erschienen

Die Ausgabe 29 der Institutszeitschrift des DISS ist erschienen. Wie immer können Sie das DISS-Journal kostenlos als PDF-Datei herunterladen:
http://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-29-2015.pdf

Das Schwerpunktthema in dieser Ausgabe:
Perspektiven auf Pegida

Wenn die rassistische Mitte der Gesellschaft aus den Wohnzimmern in die Öffentlichkeit tritt: Zehntausende Menschen folgten seit Herbst 2014 der rassistischen Mobilmachung der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida). Das aktuelle DISS-Journal nimmt diejenigen in den Blick, die sich diese ressentimentgeladene Stimmung zu nutzen machen wollen. Wir setzen uns mit Pegida im Osten wie im Westen sowie mit dem rechten Sammelbecken

DISS-Journal
Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung
29 (2015)
Perspektiven auf Pegida

Alternative für Deutschland (AfD) auseinander.

Negativ betroffen von der rassistischen Stimmungsmache sind vor allem auch Geflüchtete und Einwandernde. In der aktuellen Ausgabe bezieht Heiko Kaufmann von Pro Asyl Stellung gegen die tödliche europäische Flüchtlingspolitik. Margarete Jäger und Iris Tonks fordern einen grundsätzlichen Perspektivwechsel in der Medienberichterstattung bezüglich des Einwanderungsdiskurses. Außerdem im Heft: Eine Rezension zum zweibändigen interdisziplinären Handbuch Diskursforschung und anlässlich der aktuellen Gipfel-Proteste: Ausnahmezustand – eine Diskursanalyse des G8-Gipfels in Heiligendamm 2007.

Inhalt:

Pegida als sächsisches Phänomen (Von Michael Nattke und Anna Gorskih)
Pegida im Westen: Zu viele Köche verderben den braunen Brei – Ein Blick auf die nordrhein-westfälischen Pegida-Ableger (Von Maren Wenzel)
Der (Rechts-)Populismus und die AfD – Zum extremismustheoretischen Verständnis des (Rechts-)Populismus bei Franz Decker (Von Jan Ackermann)
Neokonservative Mobilmachung in Deutschland (Eine Rezension von Michael Lausberg)
Die Opfer Europas – Schluss mit der Barbarei! (Von Heiko Kauffmann)
Eigene Sichtweisen hinterfragen – Ergebnisse und Schlussfolgerungen einer Diskursanalyse zur Migration aus Südosteuropa in lokalen Duisburger Medien (Von Iris Tonks und Margarete Jäger)
Diskriminierung in der Fankurve (Eine Rezension von Mark Haarfeldt)
Diversität verwalten (Eine Rezension von Iris Tonks)
Diskursforschung: Was soll das, soll sie was? (Von Siegfried Jäger)
Ausnahmezustand Diskursanalyse des G8-Gipfels in Heiligendamm (Von Anna-Lena Dießelmann)
Für eine faire Berichterstattung über demokratische Entscheidungen in Griechenland (Appell von Deutsch-Griechen und Griechen-Deutschen)
Eine diskurspraktische Initiative (Von Jürgen Link)
Die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx – auch genealogisch gesehen (Von Wolfgang Kastrup)
Ministerin Svenja Schulze besucht DISS-Archiv

---

das letzte Wort sein.

Zahlreiche ExpertInnen betonen, die deutschen Kriegsschulden seien nicht verjährt, sondern in internationalen Abkommen nur gestundet worden.

Unsere Konferenz hat das Ziel, die moralische, politische und auch juristische Dimension der Entschädigungsthematik zu beleuchten. Wir versammeln dazu Vertreterinnen und Vertreter von NS-Opfern, der griechischen Regierung, der Syriza-Fraktion, außerparlamentarisch Aktive aus beiden Ländern, HistorikerInnen und VölkerrechtlerInnen. Entschädigung ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte – das kann nur gemeinsam gelingen.

Wir wollen nach Wegen suchen, hierfür auch in Deutschland Mehrheiten zu gewinnen.

PROGRAMM

16.00 Uhr Begrüßung und Einleitung
Sahra Wagenknecht, MdB, 1. Stellv. Fraktionsvorsitzende
Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin
Heike Hänsel, MdB, Entwicklungspolitische Sprecherin
16.30 Uhr „Nichts ist verjährt" – Deutsche Kriegsschulden und das Völkerrecht
Karl Heinz Roth, Historiker, Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
16.50 Uhr „Aus der Geschichte lernen" – Reparationen und Entschädigungen für Naziopfern
Christina Stamouli, Mitglied des Koordinationskomitees des griechischen Nationalkomitees für die Entschädigung
17.10 Uhr Die Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Griechenland – eine Präsentation in Bildern
Sarantos Theodoropoulos, Rechtsanwalt und Autor zum Thema deutsche Besatzung in Griechenland
17.30 Uhr Reparationen und Rückzahlung der Zwangsanleihe – Forderungen der griechischen Regierung
Dimitrios Tzanakopoulos, Generalsekretär des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras
17.50 Uhr Pause
18.15 Uhr Podium „Reparationen jetzt!"
Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin
Gabi Heinecke, Vorstandsmitglied Republikanischer Anwaltsverein, AK Distomo
Yannis Stathas, Abgeordneter im griechischen Parlament, Syriza
Dimitrios Tzanakapoulos, Generalsekretär des griechischen Ministerpräsidenten
20.15 Uhr „Get together"

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Nationale Arbeiterbewegung

Man könnte meinen, für rechtsaußen angesiedelte Zeitgenossen wie die Autor(inn)en und Redakteure (in der Tat handelt es sich so gut wie ausschließlich um Männer), wäre die Haltung zur Sozialdemokratie unstrittig negativ, ja feindlich. … Sozialistengesetz, mörderische Verfolgung unter dem Naziregime oder die „Brandt an die Wand“-Schreie von Neonazis Anfang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts sind nur einige wenige Stichworte für dieses Verhältnis. Warum also, werden der SPD in der Juniausgabe von ZUERST! die besten Seiten geopfert, wird sie Objekt der Titelgeschichte?

Ein Luftballon der SPD, wie er in Wahlkampfzeiten tausendfach an Kinder verschenkt wird, aus dem allerdings im wahrsten Sinne des Wortes die Luft raus ist, verbunden mit der Unterschrift „Das Ende einer Volkspartei“, macht die Richtung klar. Aber auch das verwundert, war die Sozialdemokratie doch traditionell ein wichtiges Feindbild der Rechten und nicht Objekt des Mitleids. Es lohnt sich, da genauer hinzuschauen: Auf 9 Seiten führen BERNHARD RADTKE, DORIAN REHWALDT und ROBERT DIEHL ihre Beschreibung des Zustands der SPD aus, wobei eigentlich Titel und Untertitel ihres Beitrages bereits das Ergebnis vorwegnehmen: „SPD – Das Ende einer Volkspartei. Wie die deutsche Sozialdemokratie sich selbst bis zur Unkenntlichkeit verdaut hat“.

Nach einer knappen Seite Text kommt ein alter Vorwurf: „Deutschland als ewiger Zahlmeister, aus Brüssel ferngesteuert und überfremdet: Für Politiker vom Schlage eines Martin Schulz, die fremde Interessen höher bewerten als die der Heimat, gab es früher den Begriff des ‚vaterlandslosen Gesellen‘“. Es folgt eine Art Definition, gegen die, sieht man von Feinheiten ab, wenig einzuwenden ist: „Ursprünglich stammt diese unfreundliche Bezeichnung aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aristokratie und Bürgertum verwandten sie, um die Arbeiterbewegung und ihre politischen Ausformungen – Kommunisten (*die es zu dieser Zeit als Partei noch nicht gab – tri*), Sozialisten und eben auch Sozialdemokraten – zu brandmarken. Hintergrund war, daß sich die marxistisch inspirierten Parteien und Gruppen auf den proletarischen Internationalismus beriefen und die Klassengegensätze höher bewerteten als zum Beispiel gemeinsame Interessen der Nation“. Tatsächlich heißt es im „Manifest der Kommunistischen Partei“, dem programmatischen Grunddokument der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung: „Die Arbeiter haben kein Vaterland.“ Und es endet mit der berühmten Aufforderung: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“.

Doch die ZUERST!-Autoren sehen das differenzierter: „Doch waren die Sozialdemokraten wirklich von ihren Kindheitstagen an ‚vaterlandslos‘, wie es die Beschimpfung durch ihre Gegner nahelegte? … Daher gehörte es zu ihrem Überzeugungsschatz, daß das eigene Land gegen Kriegsgelüste anderer Staaten verteidigt werden müsse … Plastisch formulierte das August Bebel in einer Rede im Reichstag an die Adresse der Konservativen: ‚Wir verteidigen das Deutsche Reich auch als unser Vaterland, nicht Ihnen zuliebe, sondern Ihnen zum Trotz‘….Die Bewährungsprobe kam 1914. Als das erste große Völkerringen des 20. Jahrhunderts begann, erwiesen sich nahezu überall die Arbeiterparteien als Patrioten“. Die Zeit der Weimarer Republik und der Nazidiktatur lassen die Autoren aus und kommen übergangslos zu Kurt Schumacher, dem führenden Sozialdemokraten der frühen Bundesrepublik. „Schumachers Vorstellung war das ‚demokratisch geläuterte Bismarckreich in den Grenzen von 1937‘, so die Historiker Dieter Groh und Peter Brandt … Schumacher sei gesamtdeutscher Sozialist gewesen … Die Sozialdemokraten identifizierten sich selbst und ihre Ziele mit dem nationalen Interesse“. Erst 1959/60 sei die SPD auf eine der US-Außenpolitik angepasste Linie („Die gegenüber Westeuropa hegemonialen Aspekte der US-Politik wurden ‚jetzt nahezu vollständig ausgeblendet‘“) umgeschwenkt. Der bisherige Endpunkt der Entwicklung: „Für Ideologie und Machterhalt ist auch die SPD jederzeit bereit, die Überfremdung Deutschlands zu beschleunigen und zu verfestigen und die ethnisch-kulturelle Identität der Deutschen auf dem Altar ihres Parteiinteresses zu opfern“. Es handelt sich also offenbar doch um eine Partei der „vaterlandslosen Gesellen“, wenn auch erst seit gut 50 Jahren.

In der Tat gab es in der Deutschen Sozialdemokratie (aber auch in den sozialdemokratischen Parteien anderer Länder) seit etwa Anfang des 20. Jahrhunderts Kräfte, die nationale und nationalistische Ziele verfolgten. Sie wurde bis 1914 in der Partei vorherrschend, die sich daraufhin spaltete. Die internationalistischen Kräfte verließen die SPD, viele von ihnen bildeten den kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung. Die Rechte kann also, auf eine real vorhandene Traditionslinie zurückgreifen. Aber warum tut sie das?

Ein Interview mit GÜNTER MASCHKE, einer der Ideologen der Rechten, hilft bei der Klärung dieser Frage. Maschke stellt mit Recht fest, dass die SPD sich grundlegend gewandelt habe und von der CDU kaum noch zu unterscheiden sei: Ein überzeugtes SPD-Mitglied ist doch von einem überzeugten CDU-Mitglied kaum mehr zu unterscheiden….In den 1960er Jahren wandelte sie (die SPD – tri) sich langsam von einer Arbeiter- zu einer Lehrer- und Beamtenpartei….Heute leistet die SPD keinerlei theoretische Anstrengungen mehr. Es gibt zwar noch die sogenannte Grundwertekommission aber der spezifische Stil einer Arbeiterpartei ist völlig verschwunden“.

Doch Maschke bleibt bei diesem Befund nicht stehen sondern hat eine Idee von der Aufgabe der größten Organisation der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaft: „Die Dachorganisation der Gewerkschaften nennt sich Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB). Das heißt, sie haben die Aufgabe, die deutsche Ware ‚Arbeitskraft‘ zu schützen. Doch anstatt sich darum zu kümmern, umwerben die Gewerkschaften heute irgendwelche Minderheiten mit völlig gewerkschaftsfernen Themen, die weder etwas mit der Beschäftigungspolitik noch mit der Lohnentwicklung zu tun haben. “.

Damit ist klar worum es geht: ZUERST! unternimmt den Versuch, sich als Sachwalter der „kleinen Leute“, der Arbeiter(innen) und Angestellten ins Spiel zu bringen. Dafür erfindet Maschke eine „deutsche Ware ‚Arbeitskraft‘“, die es in den Betrieben und Verwaltungen nie gegeben hat. Es geht um soziale Demagogie – auch die Nazipartei, die konsequent die mörderischsten Interessen wichtiger Teile der Großindustrie umsetzte und die Arbeiterbewegung ausrotten wollte, hatte als Namensbestandteile die Worte „Arbeiter“ und „sozialistisch“. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370